

# Der Tabak-~~Arbeiter~~ Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 46

Sonntag, den 16. November

1913

## Grenzenlose Ausbeutung.

Die internationale Ausbeutung der arbeitenden Menschheit kennt keine Grenzen. Wohl gibt es in den einzelnen Staaten Gesetze, die eine gewisse Regelung der Ausbeutung vorschreiben, aber sie sind nichts weniger, als Schutzgesetze für die Ausgebeuteten, vielmehr sind sie als Dekorationsstücke zu betrachten, die eine gewisse Ordnung in der bürgerlichen Gesellschaft markieren sollen, eine „Ordnung“, die der Kapitalismus jeden Augenblick überschreitet oder umgeht unter scheinbarer Respektierung der Gesetze. Der Kapitalismus schafft sich seine eigenen Gesetze außerhalb der Gesetzgebung, die Konzentration der kapitalistischen Wirtschaft fühlt sich durch kein Gesetz gebunden. Wo durch die Konzentration kapitalistischer Mächte ein Vorteil winkt, vollzieht sie sich einfach oder in den gewagtesten Formen.

Am waghalsigsten und rücksichtslosesten drängt sich der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten Nordamerikas hervor. Es erregte daher die Bewunderung, aber zugleich auch die Beforgnis der Kapitalisten Europas, die trotz raffinierter Ausbeutung nicht diese Höhe des Unternehmungsgewinns erreichten. Beforgt wurden sie, weil sie die Uebergründung des amerikanischen Kapitals auf ihre spezialisierten Abgrasungsgebiete in Europa fürchteten. Zwar greift auch das europäische, oder sagen wir das deutsche Kapital, über alle nationalen Grenzen hinaus, aber es fürchtet dabei nichts, als die weitergreifende Wertlosigkeit amerikanischer Spekulation.

Die Entwicklung drängte dazu, ihr mit den gleichen Waffen entgegenzutreten. Es bildeten sich auch in Deutschland Kartelle, die ganz amerikanisch die Ausbeutung betreiben, z. B. das bekannte Kohlenkartell, das die Preise für Kohlen im Inland wie für das Ausland nach Belieben festsetzt. Im Inland muß das deutsche Volk höhere Preise für Kohlen zahlen als das Ausland, dem das Kartell die Kohlen billiger verkauft. Eine Konkurrenz also, die auf Kosten der eigenen Volksgenossen betrieben wird. Und das nennt man dann „Schutz der nationalen Arbeit“, und das brüstet sich mit waschechtem Patriotismus! Das eigene Volk gilt dieser ausbeuterischen Clique nichts, nur der Profit ist ihr alles.

Genau so handelt auch der amerikanische Kapitalismus, nicht weniger unmoralisch, nicht schlimmer, nicht besser. Wenn er andere, weitergehende Konkurrenztrüffe anwendet, so erregt das nur den Neid seiner ausländischen Konkurrenten, die doch keinen Deut besser sind. In seiner Ausdehnung ist er nun einmal anderen Ländern weit voraus. Die Trusts, die Zusammenfassung von Riesenbetrieben, haben einen stärkeren Ausdehnungsdrang, der kein Hindernis scheut. Nur diese Expansion fürchten die Kapitalisten aller europäischen Länder, sonst nichts.

Wir erleben es doch jetzt in der deutschen Tabakindustrie, welche verzweifelte Anstrengungen deutsche Tabakindustrielle machen, um sich die Konkurrenz des amerikanischen Tabaktrusts fernzuhalten. Es erregt den Anschein, als ob der Tabaktrust der erste sei, der in Deutschland sich an der kapitalistischen Ausbeutung der Massen beteiligen und den deutschen Ausbeutern Konkurrenz machen will. Das ist jedoch ein Irrtum, der nur durch das Geschrei der deutschen Tabakindustriellen hervorgerufen wird, die sich auf ihrem nationalen Abgrasungsgebiet bedroht sehen und auf einmal das nationale Recht entdecken, das ihnen allein gestatten soll, deutsche Raucher und deutsche Arbeiter auszubeuten. Jedoch, der amerikanische Kapitalismus respektiert dieses eingebildete Recht nicht, sondern trachtet rücksichtslos danach, an der Ausbeutung des deutschen Volkes teilzunehmen. Und das deutsche Volk empfindet gar nicht, ob es deutsch oder amerikanisch ausgebeutet wird, weil seine Ausplünderung sich ziemlich gleich bleibt. Es ist daher nicht zu merken, ob es von deutschen Ausbeutern geschmort oder von amerikanischen gesotten wird.

Doch das ist, wie gesagt, nichts neues, denn ehe der Tabaktrust seine langen Finger nach Deutschland ausstreckte, hatten schon längst vorher andere Trusts in Deutschland Fuß gefaßt. Wer kennt nicht die Singer (Räh) Maschinen-Co., wer nicht die Nationalkassenregisterkompanie, wer nicht den Petroleumtrust, die allerdings alle von deutschen Kapitalisten der einschlägigen Industrien mit gleicher Besorgnis betrachtet und mit gleicher Wut bekämpft wurden, die aber trotzdem ihre ausbeuterischen Wege sicher wandelten und sich neben den deutschen Ausbeutern in Deutschland einnisteten.

Später kamen noch andere Trusts dazu, so ein Trust für landwirtschaftliche Maschinen, die Harvester Company, deren Fabriken in Neuz am Rhein Erweiterung erfahren sollen. Ferner hat der Schuhmaschinen-trust, die United Shoe-Machinery-Company,

eine Tochtergesellschaft in Frankfurt a. M., die Vereinigte Schuhmaschinen-Gesellschaft. Der Fleischtrust, der wegen der bekannten Grenzsperr allerding kein billiges Fleisch nach Deutschland liefern kann, versucht dagegen seinen Einfluß auf den deutschen Häutemarkt geltend zu machen. Dann gibts noch eine Reihe amerikanischer Versicherungsgesellschaften und anderer Trusts, die ihre ausbeuterischen Künste in Deutschland spielen lassen, wie es umgekehrt deutsche Kapitalisten in Amerika tun.

Die kapitalistische Ausbeutung ist eben international. Sie muß daher von den Arbeitern aller Länder gemeinsam, also auch international, bis zu ihrer Beseitigung bekämpft werden. Es wäre töricht, wenn sich die Arbeiter im Konkurrenzkampf der Kapitalisten untereinander vor den Karren des einen oder anderen, oder vor den des „nationalen“ Kapitals gegen das „ausländische“ Kapital spannen ließen, töricht, weil das Kapital überhaupt international ist, keine Grenzen kennt, und weil die inländische wie die ausländische Ausbeutung sich im Wesen gleich bleibt.

Verstanden es deutsche Kapitalisten nicht oder fehlt ihnen der Boden dazu, sich zu verstricken, wie amerikanische, so verstanden sie es doch sehr gut, Unternehmerorganisationen zu bilden, deren Zweck auch nur die Sicherstellung menschenunwürdiger Ausbeutung der Arbeiter ist. Die Tabakarbeiter Deutschlands fühlen es nur zu sehr, daß die Organisation der Tabakindustriellen in erster Linie dazu dient, um eine Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter zu verhindern. Das ist der hohe nationale Wert der Fabrikantenorganisation. Die Tabakarbeiter sollen in ihrem Elend es noch als eine Ehre betrachten, nur von deutschen Kapitalisten für ausfüttert zu werden. So möchten es die Trustbekämpfer. Dafür werden sich die Ausgebeuteten bedanken.

## „Streik-Instruktion — Ausnahmegesetz.“

Der Kampf gegen die Arbeiterschaft hält die gesamte Profitmachergesellschaft in Atem. Kläft ein Häuptling der Scharfmacher zum Sturm, flugs ist die ganze Meute auf den Beinen und heßt, als gelte es, die Heerhaufen der Arbeiter unentrinnbar einzukreisen. Da das mit Drohungen und sonstigen scharfmacherischen Frechheiten nicht gelingt, die Arbeiter sich nicht einschüchtern lassen, so soll nun ernstlich mit der Ausnahmegesetzgebung begonnen werden. Endlich ist es den Junkern und den Großindustriellen im Zentralverband gelungen, die liberalisierenden Kreise für die Parole: Mehr Schutz den Arbeitswilligen! — zu gewinnen.

Die Nationalliberalen ergreifen jetzt bei ihren Zusammenkünften die Gelegenheit, sich zu dieser Parole zu bekennen. Nur einzelne suchen sich noch verschämt darnun herumzubrideln. Aber man merkt es, daß es ihnen schwer wird, denn kein echter Nationalliberaler ist des Arbeiters Freund. Der Kapitalismus hat alle gepackt, mögen sie im Bund der Landwirte, im Zentralverband deutscher Industrieller oder im Hansabund ihr Unwesen treiben.

Der Bund der Industriellen hat unter der Führung des geschmalzten ehemaligen Reichstagsabgeordneten Stresemann längst sich dem Ruf nach Ausnahmegesetzen angeschlossen. Ihm nach heult es an allen nationalliberalen Ecken. Selbst der Hansabund, der in piffiger feilender Noblesse eine Zeitlang nur die scharfe Anwendung der bestehenden gemeinen Gesetze empfahl und von Ausnahmegesetzen nichts wissen wollte, rückt jetzt auf die schiefte Ebene der Ausnahmegesetzgebung langsam hinab. Er hat aber eine spezielle Form der Ausnahmegesetze erfonnen.

Am 16. Oktober a. c. hielt der Bund eine öffentliche Versammlung in Nürnberg ab, in der Dr. Rießer, Präsident des Hansabundes, die „ungemein wichtige Frage eines gesetzlichen Schutzes der Industrie usw. gegen Streikgesetze“ besprach. Dabei sagte zwar Herr Rießer: „Ein solcher Schutz ist nach meiner Ueberzeugung auch ohne Ausnahmegesetze zu erreichen, zu denen der Hansabund seine Hand nicht bieten kann und wird, zumal solche Ausnahmegesetze oft neue und vielfach schwerere Mißstände schaffen, als die waren, denen sie abhelfen wollen.“ Aber er fügte dann weiter hinzu, der Hansabund könne sich „gegenüber den unseugbar schweren Mißständen nicht rein passiv verhalten“, sondern er müsse „positive Vorschläge machen.“

Unter den positiven Vorschlägen des Präsidenten Rießer steht an erster Stelle eine „Streik-Instruktion“, über die der Herr sich folgendermaßen ausließ: „Es erscheint mir nun in erster Linie dringend erforderlich, daß seitens des Reichsamtes des Innern, oder auf dessen

Veranlassung in übereinstimmender Fassung seitens der Landespolizeibehörden der Bundesstaaten, eine „Streik-Instruktion“ erlassen und veröffentlicht und allen in Streitfällen in Betracht kommenden staatlichen und kommunalen Organen zugestellt werde. Diese Instruktion soll überhörtlich und gemeinverständlich alle bei Streikgesetzen in Betracht kommenden Verordnungen und Gesetze, sowie die gerichtliche Praxis, insbesondere die Praxis des Reichsgerichts, genau aufzählen und damit zugleich klarstellen, in welchen Fällen bei solchen Streikgesetzen die zur Hilfe herbeigerufenen Sicherheitsorgane zum zweckentsprechenden Einschreiten berechtigt und verpflichtet sind. Es hat zu den schwersten und berechtigtesten Klagen geführt, daß die bei Streikgesetzen zur Hilfe herbeigerufenen Organe der Staatsgewalt ihre Einschreiten abgesehen haben, entweder deshalb, weil ihnen der bestehende Rechtszustand und die gerichtliche Praxis tatsächlich nicht genau bekannt ist oder aus rein politischen Erwägungen und Rücksichten, oder endlich, um sich nicht nachher Klagen seitens der vorgesetzten Behörden auszuliefern. Eine solche Instruktion, welche von einer für die nachgeordneten Organe absolut maßgebenden Stelle erlassen wird, dürfte die bedrohlichsten Ereignisse zweifellos in großem Umfange vorbeugend, was wesentlich ist, ausschalten.“

Der versteckte Ruf nach dem Staatsanwalt charakterisiert den positiven Vorschlag einer „Streik-Instruktion“ als eine ganz raffinierte Forderung eines Ausnahmestandes schlimmster Art. Danach soll nicht etwa der Reichstag für ein Ausnahmegesetz engagiert werden, sondern das Reichsamt des Innern oder die Landespolizeibehörden der Bundesstaaten sollen ein solches Ausnahmegesetz unter dem Titel „Streik-Instruktion“ schaffen, nach dem Polizei und Staatsanwälte die Arbeiter schikanieren sollen.

Dazu wünscht der arbeiterfreundliche Hansabundpräsident noch eine „Beschleunigung des Verfahrens bei Streikprozessen“, d. h. eine summarische Verkürzung der Arbeiter und ferner will er die Gewerkschaften und Berufsvereine als juristische Personen erklärt wissen, damit sie „mit ihrem ganzen Vermögen für den Schaden verantwortlich“ gemacht werden können.

Was wollen denn nun die Scharfmacher des Zentralverbandes und die brutalen Junker noch mehr? Der brave Arbeiterfreund Rießer zeigt ihnen, wie ihre Wünsche erfüllt werden können und sollen, nun will er das abgefeimter machen, als sie es wollen.

Und dabei will der Hansabund die Arbeiter und „Bürger“ vor der Ausbeutung der Junker und Agrarier durch hohe Lebensmittelzölle bewahren! Hierzu ist doch wohl kein Kommentar mehr nötig.

## Das Heimarbeitgesetz.

Das Heimarbeitgesetz ist wohl das traurigste Erzeugnis amtlicher Sozialpolitik unter dem jetzigen Staatssekretär Dr. Deibrod. Es ist von Charakter ganz wie dieser Minister selber, der immer zwischen Gesetzesdefinitionen hin- und herpendelt, ohne festen Boden, ohne klare Grundsätze für eine Sozialpolitik, die in unserer Zeit mehr denn je zur Befriedigung der elementarsten Arbeiterwünsche drängt.

Ein gesunder Gedanke, ein herzhafter Griff könnte manches Unheil beseitigen, und ohne der Industrie Nachteile zu bereiten, sie vielmehr auf gesündere Basis stellen. Aber es geschieht nichts.

Gerade die Hausarbeit diskreditiert in vielen Fällen die deutsche Warenproduktion. Bekannt ist, wie durch die Hausarbeit in der Tabakindustrie — auch in anderen Berufen — die Tuberkulose verschleppt wird, abgesehen von den Unreinlichkeiten und sonstigen Beschwerden, die die Hausarbeit mit sich bringt. Die Klagen darüber ertönen immer lauter. Da sollte man annehmen, daß gesetzliche Eingriffe, wenn sie einmal erfolgen, wenigstens die schwersten Uebelstände beseitigen. Davon kann bei dem Heimarbeitgesetz, das seit dem 1. April 1912 in Kraft ist, nicht die Rede sein. Das ist erklärlich, wenn man das Gesetz nur liest. Gerade die Bestimmungen, die die schlimmsten Verhältnisse der Tabakindustrie treffen könnten, sind nicht bindend, verpflichtend, sondern ihre Anwendung und Ausföhrung ist in das Ermessen der Landesbehörden gestellt, von denen bis jetzt keine einzige Anstalt getroffen hat, das Gesetz in der Praxis auszuführen.

Das Unternehmertum kennt die Wertlosigkeit des Heimarbeitgesetzes sehr wohl, aber es ist obendrein noch bestrebt, die wenigen bedeutenden und minimalen bindenden Bestimmungen des Gesetzes wirkungslos zu machen, sie dabei aber als unleidliche Zwangsbestimmungen hinzustellen. Wenn ein Gesetz nichts taugt, dann kann auch die Aufsicht über die Befolgung des Gesetzes nicht besondere Erfolge zutage fördern. So geht es den Gewerbeaufsichtsbeamten, die über die Ausführung des Heimarbeitgesetzes nichts Gutes berichten können, weil es eben selbst nichts Gutes wirken kann. Die tatsächlichen Ge-



werbeinspektoren haben darum teilweise berichtet, daß sie auf Widerstand bei ihren Nachforschungen, ob das Gesetz beachtet wird, gestoßen sind.

Sofort haben die Unternehmerorganisationen diese Berichte beantragt, um gegen das Gesetz wie überhaupt gegen jeden Eingriff gegen die Hausarbeit scharf Front zu machen. In ihren publizistischen Organen heißt es da unter anderem:

„Der Bericht hebt hervor, daß sich bedeutende Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Gesetzes ergeben haben und daß es nicht einmal möglich war, aus allen Bezirken zuverlässige Angaben über den Umfang der Heimarbeit zu bekommen. Die Durchführung der Bestimmungen, wonach die Hausarbeiter beschäftigten Fabriken Verzeichnisse dieser Heimarbeiter auszugeben haben, stößt vielfach auf Schwierigkeiten, und es war bisher noch nicht in allen Bezirken möglich, vollständige Verzeichnisse zu erhalten. Besonders hervorzuheben werden muß, daß die Heimarbeiter die von den Gewerbeaufsichtsbeamten vorgenommenen Besichtigungen nicht gern sehen, und in ihren Angaben, namentlich bei Fragen über die Wohnräume, zurückhaltend waren. Oft glaubten sie, es handele sich um Steuerfragen. Andere, namentlich zu Hause arbeitende Frauen, erklärten, lieber auf die Nebeneinnahme aus der Hausarbeit verzichten zu wollen, als ihren Namen in den Verzeichnissen bekanntzugeben. Bekanntlich soll das Hausarbeitsgesetz auch eingehende Kontrolle der Wohnräume bringen. Die Beamten berichten dazu, soweit Angaben hierüber gemacht werden, daß die Wohnräume, in denen in der Regel auch gekocht wurde, namentlich in den Gebirgsdörfern, zwar klein und niedrig waren, doch fast durchweg frei lagen und genügend Fenster besaßen, so daß die Luftzufuhr günstig war. Im ganzen genommen, ergeben die Berichte somit, daß die Schwierigkeiten, auf die bei Beratung des Heimarbeitsgesetzes hingewiesen wurde, in Wirklichkeit tatsächlich vorhanden sind. Es wird weiter bestätigt, daß die Hausarbeit einen viel größeren Umfang hat, namentlich auch in den städtischen Gebirgsorten, als man bisher annahm. Hier hat sie sich zu einer Betriebsform entwickelt, die keineswegs überlebt ist, sondern eine wirtschaftliche Bedeutung beanspruchen darf, die so groß ist, daß die von der Sozialdemokratie propagierte Vernichtung der Hausarbeit zu wirtschaftlichen Schädigungen der Bevölkerung einzelner Gegenden führen würde.“

Mit dieser einseitigen Ausnutzung der Inspektorenberichte wird nur bewiesen, wie interessiert die Unternehmer an der Hausarbeit sind. Für sie ist die Hausarbeit die bequemste und profitabelste Form der Ausbeutung. Was kümmert den kindermörderischen Kapitalismus die Wohnung und Einrichtung des Hausarbeiters! Unternehmer kriechen nicht in die Höhlen des Elends, da haben sie zu viel Angst um ihre höchstwertige Gesundheit, höchstens, daß der Meister oder Faktor einmal die Arbeit kontrolliert, das geschieht aber in der Regel bei der Ablieferung der Arbeit, nur in den seltensten Fällen in der Wohnung des Hausarbeiters.

Wir glauben es gern, daß Heimarbeiter die von Gewerbeaufsichtsbeamten vorgenommene Besichtigung ihrer Wohnräume nicht gern sehen. Sie wollen niemand in ihr Elend hineinschauen lassen. Es ist aber falsche Scham, denn ihr Elend ist unverschuldet, ihr Fleiß nützt ihnen nur nichts, weil der Unternehmer den Segen ihres Fleißes einheimst.

Die arbeitenden Frauen, die „lieber auf Nebeneinnahmen aus der Hausarbeit verzichten, als ihren Namen in den Verzeichnissen bekannt zu geben“, sind die besten Ausbeutungsobjekte für die Unternehmer, denn sie lassen sich, weil sie nur auf eine Nebeneinnahme spekulieren, sich die schafelsten Löhne bieten, sie arbeiten für ein Trinkgeld und machen den Arbeitern das Leben schwer mit ihrer Lohnrückerei. Wie leicht sie auf die Nebeneinnahmen verzichten können, beweist, daß sie ihren Namen für ihre Arbeit, d. h. für ihre Lohnrückerei nicht bekannt werden lassen wollen. Oftmals sind es Beamtinnen, die in der Tat nicht nötig haben, armen Arbeitern Konkurrenz zu machen, ihnen direkt das Brot vor dem Munde wegzunehmen. Es ist ganz gut, daß solche Lohnrückerei durch die Verzeichnisse bekannt werden. Nur den Fabrikanten paßt das nicht in den Streifen.

Daß die Wohnungen klein und niedrig waren und daß in ihnen während der Arbeit sogar gekocht wird — nebenbei auch die Einlage für Zigarren getrocknet wird — macht nichts aus; durch die kleinen Fenster konnte ja doch die Luftzufuhr günstig vor sich gehen. Freilich nur in Gebirgsdörfern, die Heimarbeiter in den Städten atmen nur Pöhl, wenn nicht Kellerluft.

Aber es wäre trotzdem schrecklich, wenn die Beseitigung der Hausarbeit einmal durchgeführt würde, denn das müßte zu wirtschaftlichen Schäden der — Bevölkerung, des: Schmälerung des Profits der Unternehmer führen. Die Unternehmer brauchen aber keine Angst zu haben, der Staatssekretär Dr. Delbrück denkt nicht daran, an die Profitmacherei zu rühren, sei sie auch noch so anrüchlich. Daß Unternahmergewäch über die Hausarbeit richtet sich auch nur gegen die Arbeiter, die dem Heimarbeitsgesetz zu einer prompten Ausführung und Anwendung verhelfen wollen. Vor allem aber erstreben sie eine gründliche Veränderung des Gesetzes in der Richtung der Unschädlichmachung der Hausarbeit.

Daher der Born der Unternehmer.

### Rundschau.

**Reichsregierung und Arbeitslosenversicherung.** Eine Berliner Korrespondenz, die stellenweise für offiziös gilt, veröffentlicht einen Artikel, in dem die angeblichen Gründe der Regierung gegen die Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung dargelegt werden. In der Hauptsache werden aber in diesem Artikel nur die Ausführungen, die der Minister v. Soden zum gleichen Thema in der hiesigen Kammer gemacht hat, dem Sinne nach wieder gegeben. Danach hätte die Reichsversicherungsordnung für Arbeitslose und Arbeitnehmer schon so hohe Lasten geschaffen, daß ohne Schädigung der Industrie eine weitere Erhöhung nicht möglich sei. Schädigung der Industrie aber bedeute vermehrte Arbeitslosigkeit.

Bei dieser Art der Beweisführung wird übersehen, daß die angeblichen Lasten der Arbeitslosenversicherung doch wieder der Produktion zugute kommen. Denn die Arbeitslosen legen die Unterhaltungen, die sie erhalten, doch nicht in den Sparstrumpf, sondern kaufen sich die zum Leben notwendigen Produkte dafür. Die unterhaltenden Arbeitslosen schaffen durch ihren Konsum Arbeits-

gelegenheit. Die nicht unterstühten, aus dem Konsum ausgeschalteten schaffen aber neue Arbeitslosigkeit.

Dann wird in der Korrespondenz verächtlich, daß die Regierung, wenn die Sozialdemokratie brauchbare Vorschläge mache, sie wohlwollend prüfen werde. Das lautet zwar etwas anders, als die von uns in letzter Nummer besprochene offiziöse Meldung, die Regierung werde sich ablehnend verhalten; indes, daß offiziöse Spiel kann uns nicht vertrauensbüßig machen. Wenn der Reichstag zusammentritt, werden wir ja sehen, was die Regierung für „brauchbar“ hält.

**Streikbrecherstrafe.** Der Vorschlag der Reichsregierung soll nach einer Korrespondenz die Absicht haben, sofort nach Zusammentritt des Reichstages eine Anfrage oder einen Initiativantrag wegen des Arbeitswilligenschutzes einzubringen. Auch die Nationalliberalen wollten in dieser Richtung vorgehen. Die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ bemerkt zu dieser Meldung:

„Was die Nationalliberalen anlangt, so beruht die Meldung, wie wir versichern können, auf freier Erfindung; denn die Fraktion denkt nicht daran, irgend etwas in der Frage zu tun, ehe die auf der Wiesbadener Tagung eingesetzte Kommission, die unter Leitung des Abg. Schiffer (Magdeburg) arbeitet, gesprochen hat, und diese befindet sich erst im Anfang ihrer Tätigkeit.“

Mein, schon die bloße Einsetzung jener Kommission bedeutete eine ausgesprochene Konzession an die Schärfermacher, und es ist kein Zweifel, daß diese Kommission den fälligen Anfall der Nationalliberalen einleiten und decken soll. Im Lande mehrten sich denn auch bereits die Anzeichen für diesen Anfall. Nun müssen die bedrohten Arbeiter den Kampf scharf aufnehmen.

**Die Besteuerung der Zündholzerzeugnisse.** Die von den Zündholzfabrikanten sehr energisch betriebene Propaganda für eine Besteuerung der Taschenfeuerzeuge, die infolge der unterhöhlen Besteuerung der Zündhölzer durch die 1909 eingeführte Steuer starken Eingang gefunden haben, scheint jetzt Erfolg haben zu sollen. Wie es heißt, soll dem Reichstag eine Vorlage über die Besteuerung der Zündholzerzeugnisse zugehen. Sie wird begründet mit dem Rückgang der Einnahmen aus der Zündwarensteuer, der hauptsächlich hervorgerufen sei durch den massenhaften Gebrauch der Taschenfeuerzeuge. Die neue Steuer soll sich in der gleichen Höhe bewegen wie die Zündholzsteuer selbst, daß heißt wie die Streichholzschachtel nach der Anzahl der Streichhölzer, so soll das Taschenfeuerzeug nach der Anzahl der Zündungen besteuert werden.

Das würde wieder eine Besteuerungsart ergeben, die aller Willkür Tür und Tor öffnet, denn welche Anzahl von Zündungen ein Taschenfeuerzeug ermöglicht, stets erneute Füllung mit Benzin vorausgesetzt, läßt sich gar nicht feststellen. Die Steuer würde also voraussichtlich so hoch bemessen werden, daß niemand mehr ein Taschenfeuerzeug kaufen würde. Und das ist offensichtlich der Zweck der Uebung: Demgegenüber muß im Reichstag mit allem Nachdruck die Aufhebung der Zündwarensteuer gefordert werden, die im besonderen eine Steuer für die Armen bedeutet, die aber gleichzeitig die Zündholzindustrie vor den Ruin gestellt hat. Derartig unbillige Steuern müssen notwendig weitere ebenso unbillige Forderungen nach sich ziehen. Statt ihnen nachzugeben, muß das Grundübel beseitigt werden.

**Für die seitherigen eingeschriebenen Hilfskassen,** welche ihre Satzung danach eingerichtet haben, als Erjakassen weiter zu bestehen, ist eine Neuverteilung des Reichsversicherungsamts von Wichtigkeit, die von den Kassen veranlaßt worden ist. Das Reichsversicherungsamt schreibt:

Das Reichsversicherungsamt hat eine möglichst gleichzeitige Zulassung der Erjakassen in Aussicht genommen. Sie wird voraussichtlich nicht vor Dezember 1913 erfolgen können, da sämtliche Zulassungsanträge nach einheitlichen Gesichtspunkten geprüft werden müssen, das Reichsversicherungsamt also die Kassen erst zulassen kann, wenn das gesamte Material vorliegt.

Im übrigen mag noch bemerkt werden, daß eine Zulassung als Erjakasse erst dann verteuert werden wird, wenn die Kasse Änderungen ihrer Satzungen, die im Hinblick auf die Vorschriften der §§ 503 bis 514 der Reichsversicherungsordnung erforderlich sind und vom Reichsversicherungsamt verlangt werden, ablehnen sollte. Danach müssen die Kassen sich entweder entschließen, noch im letzten Augenblick all die nötigen Vorarbeiten zu beschaffen, wenn sie zum 1. Januar 1914 bereits als Erjakassen ihre Tätigkeit beginnen wollen, oder sie müssen einen späteren Termin wählen, damit sie die nötigen Vorarbeiten erst erledigt haben. Bis zum 1. Juli haben sie Zeit.

**Wucherzölle und Geburtenrückgang.** Der Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. Dr. v. Horn, der Sohn eines früheren preussischen Oberpräsidenten, hat ein Buch über die Dittmarfrage erscheinen lassen, in dem er auch auf den Geburtenrückgang zu sprechen kommt. Er sagt da u. a.:

Hauptächlich ist aber an der Verminderung der Geburten die unangenehme Lebensverteilung schuld, die es allen Klassen der Bevölkerung, mit Ausnahme der reichsten und der ärmsten, erschwert oder unmöglich macht, eine größere Zahl von Kindern ihrem — der Eltern — Stande entsprechend zu erziehen. Da nichts geschieht, um die allgemeine Lebensverteilung, die übrigens nicht durch die Landwirtschaft herbeigeführt ist, planmäßig in ihrer ganzen Ausdehnung zu befrachten, so ist nicht zu hoffen, daß sich die Geburtenziffer der deutschen Bevölkerung wieder in nennenswertem Maße heben wird.“

Die Ursache der Verteuerung des Lebensunterhalts ist in den Wucherzöllen zu erblicken, die nicht beseitigt, sondern mindestens in ihrer jetzigen Höhe beibehalten werden sollen. Statt daß die Regierung den Ursachen zu Leibe geht, sucht sie mit allerhand Polizeimaßnahmen dem Geburtenrückgang zu steuern, ein Beginnen, das als völlig verfehlt bezeichnet werden muß.

**Das gefährliche Alter.** Für den Arbeiter gibt es ein gefährliches Alter, ein sehr gefährliches Alter. Es ist das Alter, in welchem er nach der Ansicht der Unternehmer

nicht mehr genügend ausbeutungsfähig ist. Die Großindustriellen haben zwar vor einiger Zeit eine Schrift herstellen lassen, in der bewiesen werden soll, daß es die Fabrikarbeiter heute ungleich besser haben als früher. Die technischen Fortschritte im Produktionsprozeß, die weitestgehende Automatisierung der Betriebe soll die Arbeitskraft der Angestellten ganz außerordentlich schonen. Sie haben, so soll man glauben, eigentlich nichts anderes mehr zu tun, als ein bißchen auf die selbständig arbeitende Maschine zu achten, sie mit leisem Fingerdruck zu dirigieren. Wie die Praxis lehrt, glauben die Werksherren an solche Geschichten selber nicht. Anders wäre es unerklärlich, daß sie Arbeiter, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, grundsätzlich nicht mehr einstellen und solche „alte Knaben“ bei Gelegenheit an die Luft setzen.

Ein drastisches Beispiel dafür lieferte kürzlich eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Dortmund. Ein Arbeiter klagte auf Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von über 100 M. Er war als Walzer auf dem Stahlwerk Hoesch in Dortmund beschäftigt gewesen. In derselben Eigenschaft wurde er von dem Meister eines anderen Werkes engagiert unter Zusicherung eines bestimmten Durchschnittslohnes. Als das Engagement abgeschlossen war, kündigte der Mann sein altes Arbeitsverhältnis. Als er jedoch die neue Stelle annehmen wollte, blieb ihm das Fabrikat verschlossen. Aus seinen Papieren ersah man nämlich, daß er bereits 42 Jahre alt war. Dieses gefährliche Alter schloß seine Einstellung aus. Weil der Vertreter der beklagten Firma zugeben mußte, daß der Mann fest engagiert worden war, der Meister nur aus Unvorsichtigkeit sich nicht nach dem Alter erkundigt hatte, erklärte er sich vergleichsweise zur Zahlung von 84 M Schadenersatz bereit.

Nun ist das gefährliche Alter gerichtsmotorsch. Es beweist, daß für die Arbeiter gesorgt ist bis ins höchste Alter.

**Zu Tode geprügelt!** Wieder einmal hat ein Landarbeiter unter den Händen eines Agrariers sein Leben lassen müssen. Eine Witwe mit fünf noch unversorgten Kindern sind dadurch ihres Ernährers beraubt worden. Und doch läuft der Totschläger noch frei umher, weil er aus „Notwehr“ gehandelt haben will.

Der verheiratete Pferdewechter Grallert war bei dem Gutsbesitzer Elsner auf dem Vorwerk bei Hagnau in Schlesien in Stellung. Beide Parteien kamen dahin überein, daß Grallert am verkloffenen Freitag ausziehen sollte. Grallert hatte eine Wohnung in Hagnau gemietet und zum Transport der Sachen eine Fuhr bestellt. Am Vormittag erklärte der Gutsbesitzer, falls bis 12 Uhr mittags die Wohnung nicht geräumt sei, werde er die ganzen Sachen zum Fenster hinauswerfen lassen. Der Wagen traf nicht rechtzeitig ein. Wiederholt sah Grallert danach, ob er noch eintreffe. So auch um 1 1/2 Uhr. Vergeblich. Grallert machte sich deshalb wieder auf den Weg zu seiner Wohnung. Am Scheunentor traf er den Gutsbesitzer. Grallert sagte: es ist schon 12 Uhr durch, Sie können ja nun anfangen, die Sachen aus dem Fenster zu werfen. Darauf erwiderte ihm der Gutsbesitzer: er passe zu seiner Frau. Diese Worte wurden von Grallert, der schwerhörig ist, nicht verstanden. Er ging deshalb mit den Händen in den Hosentaschen auf diesen zu und fragte: Was er meine. Darauf schlug der Gutsbesitzer ohne jede Veranlassung mit seinem schweren eisenbeschlagenen Stock Grallert so wuchtig über die Stirn, daß dieser an das Scheunentor anfiel. Er raffte sich jedoch wieder auf und erreichte seine Wohnung. Dort verstarb er abends 6 1/2 Uhr, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben. Der schlagfertige Gutsbesitzer will in Notwehr gehandelt haben. Demgegenüber betonen aber alle Zeugen dieses Vorfalles, daß keinerlei Grund vorgelegen habe, so gegen den Erschlagenen vorzugehen, zumal dieser, als er den tödlichen Schlag erhielt, beide Hände in den Hosentaschen hatte. Der Erschlagene, der Mitglied des Landarbeiterverbandes war, wird von allen seinen Kollegen als ein ruhiger, nüchterner Mann geschildert, der für seine starke Familie nach besten Kräften sorgte.

Sind Arbeiter und insbesondere Landarbeiter vogelfrei?

**Gewerkschaftliche Erfolge.** Einen schlagenden Beweis für den Nutzen der gewerkschaftlichen Arbeit erbringt ein kürzlich veröffentlichter Bericht des statistischen Amtes der Vereinigten Staaten, der die Veränderungen der Löhne und Arbeitszeit in einer Reihe von Industrien in der Periode von 1907 bis 1912 behandelt. Danach wurden, wie die Statistiker beweisen, durch die Arbeit der Gewerkschaften in 40 Gewerben in 39 der wichtigsten Industriezweige die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt. Besonders auffällig sind die von den Bäckern erzielten Erfolge: für die ersten Gehilfen beträgt die Lohnerhöhung im Durchschnitt 22 Prozent, für die zweiten Gehilfen 26,6 Prozent, für dritte Gehilfen 40,7 Prozent; die Arbeitszeit wurde 17,7, 6,6 bzw. 10,1 Prozent verkürzt. Ein Vergleich der Durchschnittslöhne am 15. Mai 1907 und am 18. Mai 1912 erzielte folgende Aufbesserungen: Buchdruckerhilfsarbeiter 22,6 Prozent, Drucker 21 Prozent, Zementarbeiter 17,5 Prozent, Zementhilfsarbeiter 16,2 Prozent, Maler 12,6 Prozent, Klempner 12,9 Prozent, Installateure 13,1 Prozent, deren Hilfsarbeiter 15,1 Prozent, Schmiede 16,5 Prozent, Messerschmiede 16,5 Prozent, Buchbinder 16,8 Prozent, Former 12,8 Prozent, Schriftsetzer 14,8 Prozent, Zimmerer 11,1 Prozent, Bauhilfsarbeiter 17,5 Prozent, Eisenkonstruktionsarbeiter 11,1 Prozent, Maschinisten 9,8 Prozent, Maurer 5,5 Prozent usw.

**Eine schwarze Arbeiterpartei in Süd-Afrika.** Aus Port Elizabeth wird gemeldet, daß dort eine „Arbeiterpartei der Farbigen“ gegründet wurde. Dieselbe kann zweifellos von großer Bedeutung werden, da vier Fünftel der Bevölkerung in Süd-Afrika „Farbige“ sind. Allerdings sind diese im allgemeinen von der Ausübung des Wahlrechts so gut wie ausgeschlossen.



## Differenzen mit der G. E. G.

Es ist gekommen, wie es leider nicht hätte kommen sollen: In der Zigarrenfabrik Frankenberg der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine wurden am 4. November die Rollen ausgeperert. Wie es kam? Nun, die G. E. G. hat, wie in Hamburg und Hochheim auch in Frankenberg i. S. ein neues Fabrikgebäude errichten lassen; mit der Inbetriebnahme des Gebäudes wurde gleichzeitig neben anderen Neuerungen eine Uenderung bei der Ablieferung der täglich angefertigten Zigarren verlangt, und zwar sollten die Arbeiter ihre Zigarren, die sie seit Bestehen der Fabrik, 13 Jahre lang also, im Kasten (Schragen) abgeliefert hatten, nunmehr auf Rahmen ausgebreitet abliefern. Wir brauchen Fachleuten nicht zu erzählen, daß es eine Mehrarbeit ist, wenn die Zigarren auch noch in Reihen nebeneinander ausgelegt werden müssen, als wenn sie nur in den gebräuchlichen Schragen gelegt werden. Die Arbeiter beanspruchten nun für die Mehrarbeit pro tausend Zigarren 20 S. Das hatte die Leitung der G. E. G. abgelehnt. Der Vertreter der G. E. G. erklärte, als sich die Arbeiter weigerten, ohne Entschädigung auf Rahmen abzuliefern, daß, wer nicht auflege, entlassen sei. Ein Versuch des Fabrik-Ausschusses, mit dem Vertreter zu einer Einigung zu kommen, scheiterte, indem das Auflegen ohne Entschädigung auch jetzt noch verlangt wurde. Auch der Hinweis des Ausschusses, man möge doch erst einmal die zuständigen Instanzen, also die Leitung der G. E. G. und die Leitung des Tabakarbeiter-Verbandes mit einander verhandeln lassen, wurde abgelehnt mit der Wendung, daß für die G. E. G. ein Instanzenweg nicht in Betracht komme. Auf eine nochmalige positive Anfrage des 1. Bevollmächtigten, ob es denn wirklich zur Entlassung kommen sollte, antwortete der Vertreter der G. E. G.: Ja, ich handle im Auftrage von Hamburg. Nachdem die Entlassung der Rollen perfekt geworden war, konnten auch die Widelmacher nicht weiter arbeiten und sahen sich deshalb veranlaßt, den Betrieb zu verlassen. Auch die Jurichter erhielten daraufhin keinen Tabak mehr.

Am Sonnabend, den 8. November, haben dann in Hamburg zwischen der G. E. G. und dem Vorstand des Tabakarbeiter-Verbandes unter Weisheit des Arbeiter-Ausschusses der Frankenberger Fabrik Verhandlungen stattgefunden. Das Resultat dieser Verhandlungen ist in folgender Entschliessung der Verhandlungen niedergelegt:

„Zwischen der Geschäftsleitung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine und dem Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes unter Hinzuziehung des Arbeiter-Ausschusses hat am Sonnabend, den 8. November, eine Verhandlung stattgefunden mit dem Resultat, daß die Arbeit in beiderseitigem Einverständnis am Montag, den 10. November, von den Arbeitern wieder aufgenommen wird. Die schwebenden Streitpunkte werden einem Schiedsgericht unterbreitet, dessen Entscheidung für beide Teile bindend ist.“

Für die Geschäftsleitung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine G. m. H.  
gez. H. Lorenz.

Für den Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.  
gez. E. Deichmann.

Ohne Del ins Feuer gießen zu wollen, wollen wir nur einige Bemerkungen aussprechen, da uns außerdem der Köhler Beschlus ja auch in der Kritik, so lange der Schiedspruch nicht gefällt ist, Beschränkungen auferlegt. Und da drängt sich uns gleich die Frage auf: Konnte das Resultat der Verhandlungen bei einigem guten Willen der G. E. G. nicht auch schon vorher erzielt und damit die Entlassung vermieden werden? Der Betrieb wäre doch nicht gestört gewesen, wenn, wie der Arbeiter-Ausschuss vorgeschlagen, zunächst ein paar Tage nach der alten Methode weiter abgeliefert worden wäre, denn auch jetzt ist in der alten Weise weitergearbeitet, bis das zu bildende Schiedsgericht entschieden hat. Daß der Betrieb unter der alten Ablieferung keinen Schaden erleiden würde, dürfte auch dadurch zu erkennen sein, daß die G. E. G., die das selbe Verlangen an ihre Hamburger Arbeiter stellte, dieses ruhig aufgab, als die Arbeiter nicht damit einverstanden waren. Weshalb also in Frankenberg auf einmal die Entlassung verfügt werden mußte, bleibt uns völlig unverständlich.

Wir sind nun gewiß nicht der Meinung, daß sich Differenzen in Betrieben der Art, wie sie die G. E. G. hat, vollständig vermeiden lassen, indem die Verhältnisse auch hier eine verschiedenartige Auffassung der jeweiligen Situation nach zulassen, aber das ist notwendig, daß auf beiden Seiten eine Regelung solcher Differenzen in der loyalsten Weise erstrebt werden muß. In dieser loyalen Regelung hat es unseres Erachtens den Leitern der G. E. G. bis zum Tage der Verhandlungen in Hamburg gefehlt. Wir wollen im Augenblick nicht untersuchen, woran das liegt. Daß es möglich war, einen gemeinsamen Boden zur Schlichtung der Differenzen zu finden, beweist ja gerade das Resultat der Hamburger Verhandlungen. Es dürfte um so mehr auf eine Regelung der Differenzen ohne Zuhilfenahme des letzten Schrittes, also der Aussperrung, gerechnet werden, als die G. E. G. mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband in einem Tarifverhältnis steht. Selbstverständlich wird und muß der Verband streng auf der Einhaltung der Tarifbestimmungen bestehen. Nun findet sich freilich im Tarifvertrag nichts über die Art des Abliefers, aber nichtsdestoweniger fällt diese Frage unter das Tarifverhältnis, denn die ganze Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind durch den Tarif gegenseitiger Vereinbarung unterworfen. Sind es nicht besondere Bestim-

mungen, so ist es der Geist des Tarifabkommens, der jede Diktatur im Arbeitsverhältnis ausschließt und die Einzelfragen zum Gegenstand von Verhandlungen der Kontrahenten macht. In bezug auf die Frankenberger Differenzen hat man in Hamburg geglaubt, in derartige Er-wägungen nicht erst eintreten zu brauchen. Das ist um so mehr auffällig, als die Leitung der G. E. G. sonst ge-wohnt ist, und auch wohl mit Recht, bei jeder Gelegenheit auf die Einhaltung des vereinbarten Instanzenweges kurz und bündig hinzuweisen. Man komme uns nicht mit dem Einwurf, daß die Arbeiter den Instanzenweg zuerst hätten berücksichtigen müssen. Nicht die Arbeiter haben etwas von der G. E. G. gefordert, sondern umgekehrt ist es der Fall; und im übrigen hat ja in anderen Fällen die Leitung der G. E. G. den Weg zum Verhandlung zu finden gewußt, und sie kann nicht sagen, daß ihr Mitkontrahent sich nicht bemüht hätte, die Dinge in loyalster Weise zu behandeln.

Es ist auffällig, daß die Leitung der G. E. G. eine an sich doch nicht so bedeutende Differenz wie die Frankenberg zum Anlaß eines solchen, na, sagen wir einmal: schneidigen Vorgehens genommen hat. Eine Geschäfts-leitung, die so bedeutenden Unternehmen vorsteht, wie sie die G. E. G. hat, muß doch in bezug auf die Art, wie sie ihren Arbeitern gegenüberzutreten für nötig hält, gewisse Grundsätze haben, die sie auf alle ihre Angelegenheiten über-trägt. Das Tarifverhältnis kann doch nach dieser Richtung hin allein nicht genügen. Sie muß nach diesen Grund-sätzen auch die Auswahl der Personen treffen, die in den Betrieben als Vorgesetzte der Arbeiter gelten. Freilich, wenn es zutrifft, was der Vertreter der G. E. G. den Frankenberger Arbeitern erklärte, daß die Entlassung von Hamburg aus verfügt sei, so sind wir wohl zu der An-nahme berechtigt, daß man sich auch dort um einen Kon-flikt mit der Arbeitererschaft nicht allzu viel Sorgen macht.

Da es sich um eine Verschlechterung des Arbeitsver-hältnisses handelt, als man von den Frankenberger Ar-beitern das Abliefern auf Rahmen verlangte, waren sie sachlich zum Widerstande berechtigt; daß sie auch insofern korrekt gehandelt haben, als sie durch den Arbeiter-Ausschuss auf den Instanzenweg zur Beilegung der Differenzen ver-wiesen, freut uns. Die Verbandsleitung hatte demnach volle Ursache, die Angelegenheit zur Verbandsache zu machen, und es wird niemand ihr und den Arbeitern über ihr Verhalten ein Vorwurf zu machen berechtigt sein. Wir haben natürlich auch ein großes Interesse an der Förde-rung konsumgenossenschaftlicher Bestrebungen, ins-besondere an der genossenschaftlichen Eigenproduktion, und da müssen wir über das Vorgehen der G. E. G. unser Be-dauern aussprechen, indem wir nicht glauben, daß es der Genossenschafts Sache gerade förderlich sein wird. Und außerdem ist es ein gefundenes Fressen für die Hyänen des wirtschaftlichen und politischen Schlachtfeldes.

In den Parteiblättern, die am Montag und Dienstag dieser Woche erschienen, lesen wir folgende von der Leitung der G. E. G. versandte Notiz:

„Die von uns eingeführte Uenderung beim Ab-liefern der Zigarren (Rahmenablieferung) ist in Fran-kenberg allgemein üblich. Die Rollen und Widelmacher unserer Fabrik Frankenberg verlangten für diese Ab-lieferung eine Extrabehaltung, die wir verweigerten. Hierauf haben die Rollen und Widelmacher am Dien-stagvormittag die Arbeit niedergelegt und die Fabrik verlassen, ohne daß seitens des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, mit dem ein Tarifvertrag für die Arbeiter abgeschlossen ist, irgend eine Intervention erfolgt wäre. Es kam also von einer Aussperrung der Arbeiter keine Rede sein, sondern die Arbeiter haben die Arbeit nieder-gelegt, ohne daß eine Vermittlung auch nur versucht worden wäre.“

Diese Darlegung des Sachverhalts entspricht keines-wegs den Tatsachen und ist nichts weiter als eine grobe Entstellung. Die G. E. G. nimmt darauf Bezug, daß in Frankenberg auch in anderen Fabriken auf Rahmen ab-geliefert wird. Das trifft allerdings zu, aber bei der G. E. G. ist das bisher nicht geschehen, und da es eine Arbeitsverschlechterung bzw. eine Verdienstminderung be-deutet, haben die Arbeiter sich bei der G. E. G. ebenso da-gegen gewehrt, wie sie sich bei anderen Unternehmern gegen jede Verschlechterung wehren. Zu welchem Zweck sind denn die Arbeiter eigentlich in der Organisation? Die G. E. G. zahlt z. B. in Frankenberg etwas höhere Löhne, als sie dort im allgemeinen sind, will die G. E. G. nach ihrer eigenen Logik etwa folgern, daß sich deshalb die Ar-beiter ihren Lohn ebenfalls auf das in Frankenberg übliche Maß ohne Widerstand verschlechtern lassen sollten?

Es ist dirakt unwahr, daß die Rollen die Arbeit nieder-gelegt haben, sie sind ausdrücklich und in aller Form ent-lassen worden, wie auch oben geschildert worden ist. Im Gegenteil haben sie sogar mehrfach versucht, die Sache so lange hinauszuhalten, bis die beiden beteiligten Leitungen gelprochen hätten. Das ist runderweg abgelehnt worden. Warum? Man hat doch in der Verhandlung in Hamburg sofort den bisherigen Zustand als verbindlich bis zum Füllen des Schiedspruchs anerkannt. Wem will man denn eigentlich glauben machen, daß die Arbeiter die Arbeit niedergelegt hätten, wenn die G. E. G. diesen Standpunkt schon in Frankenberg gegenüber der Arbeiter-erschaft eingenommen hätte. Der Tabakarbeiter-Verband sollte intervenieren? Nein, es war Sache der G. E. G., an den Tarifpartner heranzutreten und die strittige Frage zu regeln. Der Tabakarbeiter-Verband konnte doch nicht wissen, daß die G. E. G. die Arbeiter entlassen wollte. Die G. E. G. hatte doch die Arbeiter vor die Entscheidung gestellt, entweder dem Willen der G. E. G. zu entsprechen

oder entlassen zu werden. Sind die Leute der G. E. G. denn wirklich so naiv in gewerkschaftlichen Dingen? Dann wundert es uns freilich nicht, daß solche Konflikte wie in Frankenberg vorkamen, der dann auch leider wohl nicht der letzte gewesen sein wird.

Wenn der Unternehmer sagt, ihr Arbeiter müßt das und das tun und wenn ihr es nicht wollt, so seid ihr ent-lassen, ist das etwa keine Aussperrung, kein Pistole-auf-die-Brust-legen? Auf die Höhe des Objekts kommt es da-bei gar nicht an. Weils gerade die G. E. G. ist, ist es aber doppelt beklagenswert, daß wegen einer so unbedeutenden Sache der Konflikt auf die Spitze getrieben wurde, ohne daß das Mittel der Verhandlung auch nur versucht wurde.

Wie denkt sich die G. E. G. überhaupt die Vermittlung, von der sie spricht? Sie wußte doch, daß die Arbeiter die Mehrarbeit ohne Entschädigung ablehnten. Was die G. E. G. tun würde, konnten die Arbeiter nicht wissen, aber die G. E. G., die doch gewußt haben muß, mit welchen Mitteln sie in letzter Linie die Arbeiter zwingen wollte, mußte doch annehmen, daß es zu einem schweren Konflikt kommen konnte. War es also deshalb nicht bei ihr, an die Verbandsleitung heranzutreten, um irgend einen Weg zur Vermeidung des Konflikts zu finden? Das hat sie nicht getan, sondern hat die Entlassung als Trumpf ausgepielt. Das ist es, was man ihr unbedingt zum Vorwurf machen muß; das Objekt der Differenz spielt dabei eine unter-geordnete Rolle. Das scheint die Leitung der G. E. G. auch zu empfinden, denn anders ist ihr kampfhaftes Be-nühen, sich von den Vorwurf der Aussperrung zu reinigen und die Dinge auf den Kopf zu stellen, nicht zu begreifen.

## Die Zigarre.

Meistens sind die Frauen Tabakgegner.  
Das schöne Geld, das von den Männern nutzlos in die Luft gepafft wird, was ließe sich alles damit anfangen. Aber weg ist weg. „Hast du was davon?“  
„Gehabt ja,“ meinte der Mann: „Stimmung! — Und außerdem den Appetit auf eine neue. Tiefe Seufzer aus einer Frauenseele. Sonst ein guter Mann und prachttoller Mensch, wenn er nur diesen Pfahl im Fleisch nicht hätte.“  
Die verhaßte Zigarre. —

Und so sucht das böse Gewissen im Mann mit der Ehe gefährdeten Liebsten aus Kuba möglichst allein zu sein. Der Genuß verlangt Ausschaltung von Störungen. Die Zigarre gehört zu den Märtyrern der Menschheit. Gedankenlos und obenhin genießt man sie, ohne in ihre Seele einzugehen. Ihre stille Sprache geht ungehört in den Aether. Ihren Leib gebraucht und verbraucht man, ob sie sonst noch etwas zu sagen oder zu geben hat, inter-essiert nicht. Ihr Feuerauge erlischt, sie hat umsonst ge-lebt.

Das ist der meisten Zigarren Schicksal.  
Freilich gibts auch andere.  
Das sind etwa die, die man jetzt im Uebergang von der Dämmerstunde zum Abend raucht. Allein und im stillen Winkel. Allein im Arbeitszimmer, ehe man die Lampe anzündet.

Man setzt sich in einen niedrigen Sesseltuhl, gewährt seinem Hirn einen kurzen Freierabend und weckt des Fun-kenz Stimme in der Zigarre. Es werden Lieder daraus. Geheimnisvolle Weisen aus alten Zeiten, prophetische Ge-sichte.

Ein Jung und aus einem matten Finklein wird ein rotglühender Erdball. Flammendes, sich aufzehrendes Leben.

Ist das das Größte? Zu leuchten und zu glühen? Sich selbst zu verzehren?

Menschen behaupten es.  
Ja, warum sind dann einige groß, und die anderen so klein, als hätten sie überhaupt keine Seelen?

Die Zigarrenliste gibt mir die Antwort. Alle, die darin liegen, sind „wirtschaftlich“ besser daran als die eine glühende, sie sind öger als diese. Sie haben keine Verluste und kennen keine Schmerzen. Das kommt daher, daß sie keine „Phantasten“ sind. Sie verausgaben sich nicht, alles bleibt hübsch materiell beisammen, sie machen sich keinen idealistischen blauen Dunst vor und verzichten auf Prozu-duren, die sie in höhere Regionen hinaufheben könnten.

Anwandlung dazu gibt es freilich.  
Täglich greift eine große Hand in die Zigarrenliste und holt sich ein dem prüfenden Auge gefälliges Objekt heraus: Rechts und links blüht die Masse solche ein, die es nicht verstehen, sich zu drücken, Sie lassen sich ergreifen von einer großen Pflicht.

Verlust! Verlust! schreiben die anderen einem solchen nach. — Der Narr hört nicht, er will etwas werden, na, er wird ja sehen, wohin das führt, der Phantast.

Begeisterung ist keine Heringsware,  
Die man empökelt auf mehrere Jahre.

Aber ein scharfer Schnitt, daß die egoistische Kappe wegfällt, und ein Feuerblitz, — seht da ist sie.

Nun glühe und verwandle dich! Alles, was an dir dem Feuer verwandt, steige gleich ihm aufwärts. Für die Ache sei unbeforgt, deine Seele ist entbunden, der Schlaf ist aus, du bist frei!  
W i l h. M ü l l e r.

## Kirche und Gewerkschaften in Deutschland

von Dr. Erdmann, Mitglied des Deutschen Reichstages.

In einigen Staaten Europas, namentlich in D e u t s c h l a n d, gibt es neben der sozialistischen auch eine ch r i s t l.



liche Arbeiterbewegung. Es ist das eine Bewegung, an deren Schaffung Vertreter der katholischen Kirche und der Merkaler Partei, die sich in Deutschland Zentrum nennt, gemeinsam beteiligt sind. Neuerdings wird versucht, dieser christlichen Arbeiterbewegung auch in den Vereinigten Staaten Eingang zu verschaffen. Abgeordnete der Merkaler Partei Deutschlands, so der Zentrumsabgeordnete Giesberts, sind bereits in Amerika tätig gewesen, um dort die öffentliche Meinung und namentlich die Arbeiterschaft auf die neue Bewegung vorzubereiten. Es sind auch schon gewisse Einrichtungen getroffen und Agitatoren am Werk, um soziale Studienkreise zu schaffen und christliche Organisationen ins Leben zu rufen. Das hat wohl Veranlassung gegeben zu den vielerlei Anfragen über die christlichen Gewerkschaften in Deutschland, welche in letzter Zeit aus den Vereinigten Staaten an die Deutsche gewerkschaftliche Landeszentrale, an die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, gelangt sind. Den Fragestellern wie auch anderen Interessenten geben wir daher diese Darstellung über die Geschichte, die Tätigkeit und das Programm der christlichen Arbeiterbewegung. Hier sei vorweg betont, daß es sich in folgendem nur handelt um die Arbeiterbewegung, die von katholischer Seite betrieben wird. Was in dieser Beziehung von evangelischer Seite geleistet wurde, ist zu geringfügig, um besondere Beachtung zu verdienen.

Die katholische Kirche hat sich in Deutschland schon sehr früh mit den Arbeitern beschäftigt. Gleich nach der deutschen Revolution im Jahre 1848 entstand der katholische Gesellenverein, dessen Gründer, der Geistliche Kolping, den doppelten Zweck verfolgte, die katholischen Handwerksgehilfen materiell und sozial zu heben, dann sie aber auch von den politischen Zeitströmungen fernzuhalten und für den katholischen Glauben zu retten. Der katholische Gesellenverein, der sich nur auf Angehörige des Handwerks erstreckt, hat sich bis heute erhalten. Er hat seine Einrichtungen: Gesellenhäuser, Fachunterricht, Sozialkurse, immer weiter ausgebaut und dadurch einen ansehnlichen Teil der katholischen Arbeiterschaft unter seinen Einfluß gebracht. Der katholische Gesellenverein steht vollständig unter geistlicher Leitung; sein Generalpräses, der seinen Sitz in Köln hat, wird von dem dortigen Erzbischof ernannt, und ebenso sind die Leiter der örtlichen Niederlassungen Geistliche, deren Wahl vom Bischof bestätigt werden muß. Der Gesellenverein hält auf gutes Einvernehmen mit den Handwerksmeistern; an den wirtschaftlichen Kämpfen nimmt er als Organisation nicht teil. Nach seinem Programm betreibt er keine Politik, doch jedermann weiß, daß die Mitglieder von ihren geistlichen Führern vollständig im Sinne der Zentrumspartei erzogen werden. Der katholische Gesellenverein zählt mit seinen Niederlassungen in Oesterreich und der Schweiz zirka 80 000 Mitglieder.

Anfang der sechziger Jahre rief in Deutschland Lassalle die sozialistische Arbeiterbewegung ins Leben. Kurz darauf beschäftigte sich auch die katholische Geistlichkeit von neuem mit den Arbeitern, deren Zahl durch den Fortschritt der modernen Großindustrie beträchtlich gewachsen war. Bischof Ketteler von Mainz stimmte in vielen seiner konservativen und sozialen Anschauungen mit Lassalle überein, und unter seinem Einfluß begaben sich zahlreiche jüngere Geistliche unter das Arbeitervolk und predigten hier das Evangelium der sozialen Erlösung. Es begann die Gründung der katholischen Arbeitervereine, die über den Bereich der Handwerker hinausgriffen und sich auch an das eigentliche Proletariat, das heißt die Industriearbeiter, wandten. Diese Arbeitervereine waren in den sechziger und siebziger Jahren recht radikal, nicht nur in ihren politischen, sondern auch in ihren sozialen Forderungen. In lebhaften Industriegegenden, wie in Aachen und Essen, gerieten sie in Konflikt mit den hohen Herren der Kirche und des Zentrums. Aber sie waren zu schwach, um aus sich selbst heraus eine selbständige christlich-soziale Arbeiterbewegung zu schaffen, sie kamen seit den achtziger Jahren immer mehr unter den Einfluß der Zentrumspartei und damit auf ein politisch reaktionäres Geleise. Nach ihrem Programm besteht die Aufgabe der katholischen Arbeitervereine in der religiös-christlichen und der sozialen Erziehung ihrer Mitglieder. Die Leitung dieser Vereine liegt in den Händen von katholischen Geistlichen, die als Angehörige der Zentrumspartei dafür sorgen, daß ihr Gesolge auch im Sinne dieser Partei erfolgen wird. Vor allen Dingen wird Wert darauf gelegt, daß jedes Mitglied zum Gegner und Bekämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung herangebildet wird. Hingegen zur Sozialdemokratie oder zu einer freien Gewerkschaft, ja auch nur das Halten einer sozialistischen Zeitung, hat den Ausschluß aus dem Vereine zur Folge. Die katholischen Arbeitervereine sind zusammengeschlossen in drei Verbände: den westdeutschen, den süddeutschen und einen dritten Verband, dessen Leitung ihren Sitz in Berlin hat und der wegen seiner besonderen Anschauungen über gewisse soziale Dinge mit den beiden anderen Vereinen in heftiger Fehde liegt. Zusammen zählen die katholischen Arbeitervereine 480 000 Mitglieder.

Ehe wir weiter gehen in der Schilderung der christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland, müssen wir auf einen Umstand hinweisen, dessen Kenntnis notwendig ist zum Verständnis der hier behandelten Dinge. Wir meinen das enge Verhältnis von Kirche und Partei, wie es in dieser Art nur in Deutschland und zwar in dem Verhältnis von katholischer Kirche und Zentrumspartei vorhanden ist. Das Zentrum, wie in Deutschland die Merkaler Partei kurz genannt wird, entstand nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 als Vertretung des katholischen Volksteiles. Die katholische Bevölkerung ist in Deutschland in der Minderheit etwa zwei Drittel gehören dem protestantischen und nur ein Drittel dem katholischen Glauben an. Die Katholiken waren namentlich in Preußen lange Zeit vielfach zurückgesetzt und in ihren Interessen und Rechten benachteiligt worden. Um das in Zukunft zu verhindern, taten sich die katholischen Abgeordneten zur Gründung der Zen-

trumspartei zusammen. Die Gründung dieser Partei erfolgte aber auch, um die Angriffe abzuwehren, die von Bismarck und den liberalen Parteien nach der Errichtung des Deutschen Reiches gegen die katholische Kirche gerichtet wurden. So entstand das innige Verhältnis von Kirche und Partei, so entstand jenes merkwürdige Gemisch von religiösen und politischen Interessen, das man als Merkalerismus bezeichnet. Das Zentrum verteidigte im Parlamente die Interessen der katholischen Kirche, wachte die Angriffe auf sie ab und sorgte in der Folge dafür, daß ihr Einfluß auf die Volksmassen, namentlich auf die Volksschule, immer mehr wuchs. Dafür stellte die Kirche dem Zentrum ihre reichen Mittel und ihr Heer von Geistlichen zur Verfügung, um die gläubige Masse dem Zentrum als Parliamentsanhänger zuzuführen und zu erhalten. In Deutschland liegen die Dinge gegenwärtig so, daß der katholische Geistliche ein Viertel seiner Tätigkeit der Kirche und drei Viertel der politischen Agitation, der Schulung der Massen im Dienste des Zentrums, widmet.

Dieses Zusammenwirken von Kirche und Partei hat sich namentlich auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung gezeigt. Beide Teile müssen darauf sehen, die Masse auf ihre Seite zu bringen, und da in den modernen Industrieländern die Arbeiter diese Massen bilden, so ist die Beschäftigung mit der Arbeiterfrage, ist die Anwerbung und Organisierung der Arbeiter die notwendige Bedingung. Da nun die Massen in Deutschland mit großem Erfolge von der Sozialdemokratie umworben und angezogen werden, so ist es selbstverständlich, daß die von Merkaler Seite aus betriebene Arbeiterbewegung in Gegensatz zu der sozialistischen Arbeiterbewegung treten mußte. In der Tat bildet denn auch die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland weiter nichts als ein Kampfmittel, das sich der Merkalerismus geschaffen hat zu dem Zweck, das Vordringen des Sozialismus und der Klassenbewußten Arbeiterbewegung zu verhindern und sich die gläubigen Arbeiter als Anhänger zu erhalten.

Wir sahen im vorigen Artikel, daß die ersten Bemühungen des Merkalerismus in Deutschland, die katholischen Arbeiter zu organisieren, im Anschluß an politische Bewegungen geschahen. So die Gründung des katholischen Gesellenvereins im Anschluß an die deutsche Revolution von 1848, die Gründung der katholischen Arbeitervereine im Anschluß an das Wiedererwachen des politischen Lebens in Deutschland Anfang der sechziger Jahre und namentlich an die Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei durch Lassalle. Und auch die Entstehung des dritten Zweiges der Merkaler Arbeiterbewegung: der christlichen Gewerkschaften, knüpft an ein wichtiges politisches Ereignis an.

Als in den siebziger Jahren die sozialistische Bewegung in Deutschland emporblühte, als die Zahl der sozialistischen Wähler wie der Gewerkschaftsmitglieder immer mehr zunahm, beschloß der Reichstag auf Betreiben Bismarcks das Sozialistengesetz. Dieses Gesetz verbot die gewerkschaftliche Organisation, unterdrückte ihre Zeitungen, verbot ihre Versammlungen und legte die ganze sozialistische Agitation lahm. Zwölf Jahre lang dauerte dieses Gesetz auf der deutschen Arbeiterbewegung, ohne daß es den beabsichtigten Zweck erreichte. Was nicht öffentlich geschehen konnte, geschah im geheimen, und nie ist eifrigere und fruchtbarere Arbeit geleistet worden, als unter dem Sozialistengesetz von den deutschen Arbeitern. Als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz fiel, erhielt die Sozialdemokratie bei der Wahl zum Reichstag fast 1 1/2 Millionen Stimmen und war damit zur stärksten Partei des Reiches geworden. Auch die gewerkschaftliche Bewegung hatte sich in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes wieder belebt und sie trat in die neunziger Jahre mit einem ansehnlichen und hoffnungsvollen Mitgliederbestand ein.

Die Lebenskraft und die Fortschritte der sozialistischen Arbeiterbewegung gab dem Zentrum zu denken. In den zwölf Jahren, da die Sozialdemokratie geknebelt war, hatte es sich nicht um die Arbeiter gekümmert. Nun aber, da der Gegner seiner Fessel ledig war, hieß es, Vorkehrungen zu treffen, um die gläubigen Massen vor sozialistischer Agitation zu schützen. Der berühmte Führer des Zentrums, Windhorst, gab die Anregung zur Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland, einer Organisation, die im Laufe der Zeit der Mittelpunkt für die gesamte christliche Arbeiterbewegung wurde und die auch den Anstoß gab zur Schaffung der christlichen Gewerkschaften. Der genannte Volksverein verdient auch deshalb Beachtung, weil die Absicht besteht, eine ähnliche Einrichtung auch in Amerika einzuführen; einzelne Vorarbeiten sind auch schon gemacht.

## Die Tarife und Bedingungen der „Volksfürsorge“.

Von Martin Hirschfeld, Berlin.

III.

### Tarif 2 und 3.

Tarif 2 der Volksfürsorge stellt in einer Reihe von Abmachungen je nach der Dauer der Versicherung die heute gebräuchlichste Form der Lebensversicherung dar. Die Dauer der Versicherung stimmt mit der Dauer der Prämienzahlung überein. Die Zahlung der Versicherungssumme findet im Todesfall resp. im Erlebensfall nach Beendigung der Prämienzahlung statt. Es ist klar, daß diese Versicherungsform besonders bei kurzen Dauern den Sparcharakter der Versicherung viel stärker zum Ausdruck bringt, als die verschiedenen Kombinationen des Tarifes 1. Ein erheblicher Teil der Prämie muß eben dem Zwecke dienen, das Kapital innerhalb einer gewissen Frist in jedem Falle zusammenzuführen, der Versicherte mag noch leben oder bereits gestorben sein. Der Mitkostcharakter der Lebensversicherung wird entsprechend zurückgedrängt, und der Erfolg wird der sein, daß bei Erlebensfall der Prämien zur Verfügungstellung günstiger stellen wird als bei Tarif 1. Der Versicherungsstandort wird eben in jedem Falle erwogen müssen, welcher Zweck der Lebensversicherung seiner wirtschaftlichen Lage nach im Vordergrund zu stehen hat. Ein besser entlohnter Arbeiter wird naturgemäß sich berechnigt fühlen, bei Ablauf der Versicherung nicht nur an die Verforgung

seiner Angehörigen im Falle frühzeitigen Todes zu denken, sondern gleichzeitig den Zweck verfolgen, für die Tage, wo er vielleicht nicht mehr so erwerbsfähig ist, einen Zusatzfonds zuzusammeln. Diese Aufgabe löst er am besten durch Abschluß einer Versicherung nach Tarif 2. Er wird hierbei Zahl und Alter der Kinder und andere Umstände berücksichtigen können, in vielen Fällen wird die Versicherung des Ernährers nach Tarif 2 sich als die beste Form der „Aussteuer“ oder Militärdienstversicherung der Töchter und Söhne erweisen. Alle diese Fragen soll der Versicherte erwägen und der Vertrauensmann der „Volksfürsorge“ ist dabei sehr geborener Berater, da er Tarife und Bedingungen der Gesellschaft allmählich natürlich besser kennen lernt als der Versicherungslandwirt. Greifen wir ein Beispiel heraus: Ein Arbeiter hat im Alter von 23 Jahren geheiratet und seine Frau im ersten Wochenbett verloren. Seine damals geborene Tochter sei jetzt 8 Jahre alt, es komme für ihn jetzt das rechnungsmäßige Alter von 30 Jahren (mehr als ein halbes Jahr rechnet bei der „Volksfürsorge“ als ein volles Jahr) in Betracht. Er hat nun die Absicht, für seine Tochter beim vollendeten 21. Lebensjahre ein Kapital etwa zu 10000 Mark zu vererben, und gleichzeitig sein Kind im Falle vorzeitigen Todes sich ganz mittellos zu hinterlassen. Ganz naturgemäß bietet sich ihm Tarif 2, 15. (Tarif 2, Tabelle 1 des Handbuchs). Für eine Prämie von halbmöndlich 2 M kann er ein Kapital von 800 M versichern, wozu noch voraussichtlich eine bedeutende Summe durch Ansammlung von Gewinnanteilen mit Zinsen und Zinseszinsen kommt. Es ist das einer der Fälle, wo die sonst häufig für ungewinnlich erklärte Form der sehr stark abgekürzten Versicherung ihren Wert besitzt.

Vergleichen wir wiederum mit den Plänen der „Viktoria“. Bei entsprechender Wochenprämie kann hier nur ein Kapital von 400 M versichert werden. Die Versicherungssumme ist also bei der „Volksfürsorge“ um etwa 20 Prozent höher. Dazu kommen die gleichen Vorzüge bezüglich der Karenzzeit und der Versicherungsbedingungen überhaupt. Schon nach einem Jahre z. B. sind die Versicherungen der „Volksfürsorge“ „unversalbar“, d. h. bei Nichtfortsetzung der Prämienzahlung tritt — natürlich unter mäßiger Reduktion der Versicherungssumme — Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung ein. Die Beträge dieser prämienfreien Versicherungen erhöht der Versicherte aus seiner Police für alle Jahresstermine seiner Versicherung.

Vergleichen wir noch an einem zweiten Beispiel „Volksfürsorge“ und Gewerkschaftsgesellschaft. Für eine Halbmöndatsprämie von 2 M kann ein 25jähriger Vater bei 40jähriger Prämienzahlung, nach Tarif 2 1400 M versichern. Er vereinigt hierdurch die Sorge für seine Familie mit der Sorge für sein eigenes Alter. Denn bei Erleben des 60. Lebensjahres erhält er selbst das Kapital zuzüglich der angesammelten Gewinnanteile. Mit dem 60. Lebensjahre hört aber nach allen Erfahrungen die Erwerbsfähigkeit eines Mannes der arbeitenden Klasse im besten Falle auf. Der Versicherte sorgt also in diesem Falle für eine sehr wertvolle Ergänzung seiner etwaigen religiösen Invalidentversicherungszuflüsse. Auch in diesem Falle wäre die Versicherungssumme bei der „Viktoria“ für entsprechenden Tarif und Wochenprämie erheblich geringer, nämlich 1300 M. Die Tatsache, daß bei der „Volksfürsorge“ von Anfang an ein höheres Kapital für entsprechende Prämie versichert werden kann, wird durch keine Distributionsbeschränkungen der Gewerkschaftsgesellschaften ausgeglichen. Man könnte den Feldzug, den in neuester Zeit das kaiserliche Ausschußamt gegen den Anstieg dieser Versicherungen in Form der „Reitlostenberechnungen“ eröffnet hat, nur begrüßen, wenn andererseits durch Ausdehnung des Aufschlagsgebietes dafür gesorgt würde, daß die öffentlich-rechtlichen (agrarischen) Lebensversicherungsgesellschaften nicht nur für die Sicherheit der Versicherung gefährlich niedrigen Prämien rechnen dürfen, im Vertrauen auf Verwaltungskostenzuschüsse, welche die Provinzialvertretungen aus den Mitteln der Steuerzahler ihnen bewilligen.

Eine wertvolle Ergänzung erhält Tarif 2 durch Tarif 3. Auch hier handelt es sich um Versicherungen auf den Todes- und Erlebensfall, doch liegt der Endtermin der Versicherung im allgemeinen erheblich später als der Endtermin der Prämienzahlung, für die durchweg eine Dauer von 10 Jahren festgelegt ist. Diese Versicherungsform dürfte sich in den Fällen empfehlen, wo der Versicherte ein Interesse daran hat, möglichst rasch eine Versicherung aufzubringen, dagegen kein Interesse daran nimmt, sehr bald in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Ein 30jähriger Versicherte habe zum Beispiel zur Stellung einer Kaution ein Darlehen von 300 M erhalten. Er will seinen Gläubiger für den Fall seines Todes sicherstellen, die Versicherung hierfür aber möglichst rasch aufbezahlen. Nach Tarif 3, Tabelle 2, genügt hierfür die Zahlung einer Halbmöndatsprämie von 1 M zehn Jahre lang. Zieht er seine Schuld inzwischen ab, so gelangt er selbst bei Erleben des 60. Lebensjahres in den Besitz der Versicherungssumme. Für diesen Tarif fehlen vergleichbare Prospekte der Konkurrenzgesellschaften, doch bürgt der prinzipiell gleichartige Aufbau aller Kapitalversicherungsprämien der „Volksfürsorge“ für ihre Überlegenheit auch bezüglich dieses Tarifes.

Je weiteren Artikeln werden wir uns noch mit der Kinderversicherung sowie mit der Einzelheiten der Sparversicherung beschäftigen.

## Mitteilungen aus dem Beruf.

**Tabakbau in Deutschland.** Zu den angeblich wohlthätigen und beabsichtigten Wirkungen der Schutzzölle gehört auch die Förderung des Tabakbaues in Deutschland — Schutz der nationalen Arbeit. Was zeigt die Wirklichkeit? Rückgang auf der ganzen Linie. 1902 gab es in Deutschland 117 925 Tabakpflanzler, 1913 ist die Zahl auf 87 030 gesunken. Die bebauten Fläche hatte eine Größe von 17 325 Hektar im Jahre 1902, 15 775 Hektar im Jahre 1912 und 14 181 Hektar im Jahre 1913.

Daß die „Schutzzölle“ den Tabakbau gefördert hätten, kann man wirklich nicht behaupten. Selbst die höchsten Zölle können nicht die klimatischen Vorbedingungen für das Gedeihen einer Pflanze herbeiführen. Aber den Tabakbauern hat man es im Jahre 1908/09 vorgebetet, daß der Tabakbau durch die neue Tabaksteuer gehoben werde und die leichtgläubigen Tabakbauern haben es den Nupfer und Konfanten geglaubt. Daß das alles nur Stimmengang für die Reichstagswahlen war, wird ihnen nun durch die harten Tatsachen eingetränkt. Aber das ist deshalb klüger geworden, kann nicht angerommen werden, denn sie wählen immer wieder die, von denen sie beschwagt wurden.

**Trustbekämpfung und Konsumenten.** In der Zigarrenhändler-Zeitung schreibt der Reichstagsabgeordnete Dr. Herzfeld eine Artikelserie über den Tabaktrust und seine Bekämpfung. In dem ersten Artikel interessiert uns besonders folgende Stelle: „Der wesentlichste Trustfaktor fehlt noch in der Arbeiterorganisation, die Konsumenten. Ohne sie ist der Trust ohnmächtig, mit ihnen unüberwindlich. Er gibt jährlich Millionen für Kellame, für Prämien und Ausgaben, für die Presse aus, um Konsumenten für seine Marken-Zigaretten zu gewinnen. Unter den Konsumenten bilden wieder die Arbeiter, als die zahlreichsten, den wesentlichsten Bestandteil. Die Gewinnung der Konsumenten und unter ihnen in erster Linie der Arbeiter sollte



deshalb die vornehmste Aufgabe des Antitrustverbandes sein. Arbeitergewerkschaften und Arbeitergenossenschaften müssen gewonnen werden. Das Wie bedarf freilich eingehender Beratung mit den Vorständen dieser Organisationen, und ist in besonderen Artikeln zu behandeln."

Wir stimmen Dr. Herzfeld zu, wenn er die Bedeutung der Arbeiter als Konsumenten von Zigaretten als nicht unwesentlich in der Truistbekämpfung hervorhebt, und er mag gewiß Recht haben, daß ihr energisches Eingreifen dem Truist einer empfindlichen Stoß versetzen könnte, aber ob sich die Arbeiterkonsumenten allgemein, und die Gewerkschaften insbesondere, zur Truistbekämpfung verstehen werden, ist doch noch sehr die Frage. Bis jetzt haben sie es unterlassen, obgleich bereits eine Reihe von Truist in Deutschland wirtschaften. Hoffentlich gibt Dr. Herzfeld noch einige Auseinandersetzungen über das Wie. Aber von der grundsätzlichen Seite ganz abgesehen, sind die offiziellen Manager der Truistbekämpfung wirklich nicht geeignet, die Arbeiterschaft für ihre Zwecke mobil zu machen.

**Deutsche Zigaretten-Konvention.** In Nr. 44 des Tabak-Arbeiter brachten wir eine Notiz, die sich mit der neuesten Gründung des Herrn Goerrig, der „Deutschen Zigaretten-Konvention“ beschäftigte. Eine Rebeverwendung von uns ließ durchblicken, als sehe die Zigarettenfabrik „Manoli“ hinter dieser Gründung. Die Manoli-Zigarettenfabrik, J. Mandelbaum G. m. b. H., teilt uns nun folgendes mit:

In Nummer 44 vom 2. November d. J. veröffentlichten Sie einen Artikel „Deutsche Zigaretten-Konvention“ und deuten u. a. darauf hin, daß die neue Gründung des Herrn Goerrig von uns ausgegangen sei. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, daß wir mit dieser neuen Gründung des Herrn Goerrig auch nicht das geringste zu tun haben, und wir nehmen dabei Bezug auf die Erklärung unseres Rechtsbeistandes, Herrn Justizrat Dr. Meschelsohn, welche in unserem Auftrage der Zeitschrift „Antitrust-Wehr“ zugesandt worden ist und in der Nummer 15 vom 16. Oktober auch zur Veröffentlichung gekommen ist.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in der nächsten Nummer Ihrer geschätzten Zeitung diese Erklärung, welche wir Ihnen beifolgend überreichen, abdrucken möchten und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung  
Manoli-Zigarettenfabrik J. Mandelbaum G. m. b. H.,  
Propaganda-Abteilung.

Die im Auftrage der „Manoli“ an die Antitrust-Wehr gesandte Zuschrift hat folgenden Wortlaut:

In Vollmacht der Zigarettenfabrik „Manoli“ J. Mandelbaum G. m. b. H., ersuche ich Sie, nachstehende Zeilen in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung zum Abdruck zu bringen:

Meine Mandantin hat mit den neuen Plänen des Herrn Goerrig nicht das Geringste zu tun.

Sie befürchtet, daß jede neue Verbandsgründung gerade jetzt der Antitrustbewegung Schaden bringen könnte und hält ihrerseits an dem Gedanken der Antitrustvereinerung unverbrüchlich fest. Hierin läßt sie sich auch durch ihre Differenzen, die sich nur auf die derzeitige Leitung des Verbandes erstrecken, nicht beirren.

Hochachtungsvoll Dr. Meschelsohn, Justizrat.

**Der Zigarettenmacher.** Unter der Ueberschrift „Der Zigarettenmacher“ schreibt „De Nederlandische Tabaks-courant“: Wir wollen uns diese Woche einmal über den Zigarettenmacher unterhalten, welcher in der Tabakindustrie eine so große und belangreiche Rolle spielt; über den Mann, der aus dem rohen Tabakblatt die geschmackvollen Zigaretten macht. Nicht über seine ökonomische Stellung innerhalb der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse wollen wir uns unterhalten, sondern ihn recht und schlecht von einem sachkundigen Standpunkt aus betrachten. Unser Beruf führt uns hauptsächlich in die Zigarettenfabrik, wobei wir vielfach auch in die Arbeitsräume der Zigarettenmacher gelangen. Aber immer wieder werden wir durch die handliche Manier betroffen, mit welcher aus einigen formlosen Blättchen Tabak eine schöne Zigarre hergestellt wird. Das Zigarettenmachen ist ein Kunstfach, ein Fach, welches eine hohe technische Fertigkeit, verbunden mit Handlichkeit und Routine, erfordert. Dieses bemerkt man am besten, wenn man den Zigarettenmacher im buchstäblichen Sinne auf seine Hände schaut. Alles geschieht schnell und flink bei ihm, sowohl seine Einlage nehmen, sein Umblatt reißen, sein Wickelmachen, sein Einrollen, sein Kopf formen oder Spitze aufsetzen, wie auch nach Maß abschneiden. Diese Schnelligkeit ist erforderlich, will er etwas verdienen. Denn mehr wie für jeden anderen Arbeiter gilt für den Zigarettenmacher das Sprichwort: „Zeit ist Geld.“ Jede Viertelstunde untätig zugebracht, straft ihn an seinem Portemonnaie. Je mehr Zigaretten, je mehr Verdienst. Der Zigarettenmacherstand steht technisch hoch. Die Gefühlsnerven spielen beim Zigarettenmachen eine große Rolle. Mit den Fingerspitzen wird der Zigarre die erforderliche Form gegeben und das Modell hergestellt, und gerade dieses macht das Zigarettenmachen zu einer mühseligen Arbeit. Es genügt nicht nur die Fähigkeit, eine Zigarre machen zu können. Es gibt noch viel mehr Faktoren, welche für die Tüchtigkeit und Fertigkeit eines Zigarettenmachers von großer Bedeutung sind. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die hergestellten Zigaretten eine vollkommen gleichmäßige Form haben. Wenn die eine Zigarre dick, die andere dünn ist, wenn der Rauch oder Knuppen ungleichmäßig nach oben oder unten liegt, wenn die Spitze schlecht gemacht ist oder die Zigarre schlecht zieht, wenn weiter das Deckblatt nicht glatt ausgerollt ist, dann sind dieses alles zusammen Faktoren, welche geeignet sind, den Zigarettenmacher als einen minderwertigen Arbeiter darzustellen. Vollkommenste Gleichmäßigkeit in der Arbeit ist die beste Eigenschaft eines Zigarettenmachers. Um jedoch dieser Eigenschaft mächtig zu werden, ist eine große Ausdauer und Behendigkeit er-

forderlich. Nun muß der Zigarettenmacher nicht nur gut, sondern auch schnell arbeiten, beides Anforderungen, welche nicht zu leicht zu nehmen sind. Wie gesagt, der Zigarettenmacherstand steht technisch hoch. Fest steht aber auch, daß hierzu gewisse Anlagen notwendig sind, wie sie ebenso notwendig sind, um z. B. ein tüchtiger Musiker zu werden. Ein Zigarettenmacher, der ausgezeichnete Arbeit abliefern, aber zu langsam arbeitet, kann nicht viel verdienen, weil er pro Stück bezahlt wird. Er kann dieserhalb ein guter Fachmann sein, jedoch durch den Unternehmer nicht für tüchtig angesehen werden, weil er seinen Arbeitsplatz nicht genügend ausnützt und bezahlt macht. Ein anderer kann ein sehr schneller Arbeiter sein, aber minderwertige Arbeit liefern. Auch dieser ist nicht als vollwertiger Arbeiter anzuspreehen. Schnelle und gute Arbeit zu liefern, das sind Forderungen, welche an jeden Zigarettenmacher gestellt werden. Um diesen Anforderungen zu genügen, ist größte Ausdauer und eifriges Studium vonnöten. Das große Publikum weiß dieses nicht und betrachtet das Zigarettenmachen als eine maschinenmäßige eintönige Arbeit. Eintönig ist auf die Dauer das Zigarettenmachen, aber maschinenmäßig ist es nicht. Und wenn mancher mal einen Einblick in eine Zigarettenfabrik nehmen könnte, so würde er sehen, daß alle die einfachen Menschen, welche hinter den hölzernen Tischen ruhelos zu arbeiten sitzen, eine Arbeit verrichten, so mühevoll, wie man es nicht erwartet hätte. Und diese nützliche Klasse von Arbeitern hat ein Recht auf Anerkennung von der rauchenden Allgemeinheit, weil sie eine schöne und nützliche Arbeit ausübt und einen Artikel herstellt, für viele ebenso wenig zu missen wie das tägliche Brot.

**Christlich-vornehm.** Es gehört zu der „Noblese“ christlicher Gewerkschaftstaktik, den unbequemen Gegner auf die Anklagebank zu schleppen. Es ist in der Presse allgemein nicht üblich, daß man die im Kampf gefallenen scharfen Worte und Wendungen des Gegners vor den Strafrichter bringt, es sei denn, daß es sich einmal um die im Interesse der Öffentlichkeit oder bestimmter Personen nötige gerichtliche Feststellung von Tatsachen handelt; doch wird auch dann noch häufig von der klugen Partei erklärt, daß auf ein hohes Strafmaß kein Wert gelegt werde. Bei der „christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung scheint man von solchen Regungen nichts zu verspüren; die Duldsamkeit, wie sie der Nazarener predigte, ist ihnen bekanntlich ja auch auf allen Gebieten fremd. Vor längerer Zeit lagen sich die Organe der Hirsche und der „christlichen“ Tabakarbeiter in den Haaren. Der Redakteur Köblach von der „christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung“ fühlte sich durch einige Ausdrücke des „Deutschen Tabakarbeiters“ so tief beleidigt, daß er den Gegner vor den Strafrichter zitierte. Es kam vor dem Heidelberger Schöffengericht zu einem Vergleich, indem Hoff von den Hirschen die Beleidigung zurücknimmt und Köblach von den „Christen“ erklärt, daß er Hoff den Vorwurf der Unredlichkeit nicht habe machen wollen. Widerlich muß es wirken, wenn das „Christen“-blatt sich mit dem Ausgang der Geschichte nicht genug sein läßt und in einem besonderen Artikel noch in dem traurigen Ruhm schwelgt, den Kollegen Hoff auf die Anklagebank gebracht zu haben. Das „christliche“ Organ als Anstandsbame vor Gericht! Eine zugkräftige Attraktion für jede Jahrmarttsbude.

**Ergebnisse des italienischen Tabakmonopols im Betriebsjahr 1911/12.** Nach dem Bericht des italienischen Finanzministeriums über die Ergebnisse des Tabakmonopols kann mitgeteilt werden, daß im Betriebsjahr 1911/12 die Bruttoeinnahme 319 095 340 Lire (1 Lire = 80 S.) betrug; das sind 17 328 233 Lire mehr als im Vorjahre. In den letzten Jahren ist die Einnahme um 110 638 000 Lire und der Reingewinn um 81 243 000 Lire gestiegen. Der Zigarettenkonsum, der sonst stetig zunahm, hatte im vorigen Betriebsjahre nachgelassen, während in diesem Betriebsjahre wieder ein Mehrkonsum von 217 055 kg zu verzeichnen ist. Der Mehrverbrauch an Zigaretten ist jedoch um 333 042 kg gestiegen. Der Konsum an Schnupftabak ist um 27 579 kg zurückgegangen, während Rauchtabak einen etwas größeren Absatz als im Vorjahre gefunden hat.

**Die Geschäftslage in der nordamerikanischen Zigarettenindustrie.** In der letzten Nummer des offiziellen Journals der Zigarettenmacherorganisation finden wir eine Darstellung über den gegenwärtigen und kommenden Geschäftsgang der Zigarettenindustrie in den Vereinigten Staaten. Es wird hervorgehoben, daß nach der Bevölkerungszunahme und des Aufstiegs in fast allen Industriezweigen die Geschäftslage eine bessere sein müßte, als sie ist. Zunächst hatte die Zigarettenindustrie unter der seit dem Jahre 1907 bestehenden Geschäftssituation sehr zu leiden, aber an dem dann folgenden allgemeinen Aufschwung nahm auch die Zigarettenindustrie teil. Besonders seit dem Jahre 1912 nahm die Produktion von Monat zu Monat zu. Für 1912/13 wird amtlich von einer Mehrproduktion von 44 1/2 Millionen Zigaretten berichtet. Das Berichtsjahr beginnt mit dem 1. Juli 1912. Allerdings sind in dieser Mehrproduktion die von den Philippinen und Portoriko importierten Zigaretten, nämlich 177 395 610 Stück einbegriffen. Der Kongreß (das Parlament) hat die Zollfreie Einfuhr von Zigaretten von den Philippinen und Portoriko, welches bekanntlich jetzt Kolonien der Vereinigten Staaten, beschlossen, eine Maßregel, die für die Zigarettenarbeiter von unangenehmer Wirkung werden dürfte. Nicht nur, daß die reguläre Einfuhr der Firmen, die in den genannten Kolonien ihren Sitz haben, sich dadurch steigern wird, sondern die Fabrikanten des Mutterlandes dürften sehr bald dazu übergehen, selbst Fabriken auf den Philippinen anzulegen, da dort die Arbeitskräfte enorm billig sind. Das wird aber die Lage der Zigarettenarbeiter in den Vereinigten Staaten sehr verschlechtern, obgleich die allgemeinen Geschäftsverhältnisse sonst noch einige Jahre guten Geschäftsganges in der Zigarettenindustrie hätten erwarten lassen. Alle Anzeichen lassen jetzt aber, selbst wenn man optimistisch sein wollte, auf eine unruhigere Geschäftslage schon für den kommenden Winter schließen.

## Bewegungen im Beruf.

**Wittenberge (Prov. Brandenburg).** Die Absperrung bei den Firmen T. H. Krüger und M. Stutzen ist mit einem Mißerfolge für die Arbeiter beendet. Bekanntlich erfolgte die Absperrung, weil die Arbeiter es wagten, Lohnforderungen zu stellen. Zu den Arbeitern, die in den Betrieben verblieben, gesellten sich noch einige andere Arbeitswillige, so daß es ausgeglichen war, die Absperrung siegreich für die Arbeiter beenden zu können. Die Absperrten sind bis auf vier untergebracht.

**Stadoldendorf und Ung.** Der bei der Firma W. Kuhlmann, Inh. R. Krause, ausgebrochene Angriffsstreik in Merzhausen dauert fort. Vor Zugung wird dringend gewarnt.

**Derlinghausen.** Der Abwehrstreik bei der Firma A. b. Altenbernd dauert fort. Vor Zugung nach Derlinghausen und Bartrup wird dringend gewarnt.

**Schönaich (Königr. Württemberg).** Die Tarifverträge mit der Firma Jakob Ulmer (Zigarettenfabrik und Zigarettenfabrik) sind infolge Ablebens des Inhabers dieser Fabriken als aufgehoben zu betrachten und aus dem Verzeichnis der tariftreuen Firmen zu streichen.

**Habenstein (Agr. Sachsen).** Die Firma Karl Kahle erklärte sich bereit, einen Minimallohn von 9 M pro Mille anzuerkennen bei Lieferung mit der Rippe aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und fertiger Einlage. Bei Verwendung von Vorstenlanden-Decke wird ein Lohnzuschlag von 50 S, bei Brasil-Decke 1 M und bei Habanna-Decke 2 M pro Mille bezahlt. Die bei den einzelnen Sorten gemachten Lohnzulagen betragen 30 S bis 1 M pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 1/2 Stunden. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Beerfelden i. D.** Die Bewegung bei der Firma M. Dypenheimer ist beendet. Die Firma erklärte sich bereit, einen Minimallohn von 8 M pro Mille zu zahlen. Die gemachten Lohnzulagen betragen 40 S bis 1,20 M pro Mille. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Oslau i. Schl.** Die Firma Arthur Deter hat seit kurzem nun auch in Oslau einen Filialbetrieb eröffnet. Die Löhne wurden aber derartig niedrig angesetzt, daß bei den Arbeiterinnen eine große Unzufriedenheit eintrifft. Hinzu kam aber noch, daß über das zu verarbeitende Material, besonders Deckblatt und Umblatt, Klagen geführt wurden. Die Arbeiterinnen waren gezwungen, mehrere Male vorstellig zu werden. Sie hofften, daß die Firma ihren bescheidenen Wünschen entgegenkommen würde, doch wurden sie in dieser Annahme schwer getäuscht. Im Gegenteil verlangte man immer höhere Leistungen von den Arbeiterinnen. Da an ein Entgegenkommen der Firma, nicht zu denken war, kündigten die Arbeiterinnen. Die Verhandlung fand nun endlich statt. Es wurde für Roller eine Lohnzulage, ausschließlich einer Sorte, von 25 S, für Wickelmacher von 10 bis 20 S pro Mille gewährt. Da die in Frage kommenden Arbeiterinnen zum größten Teil nicht organisiert sind, mußten sie sich leider mit den geringen Zugeständnissen zufrieden geben.

Hoffentlich erkennen die schlesischen Tabakarbeiter sehr bald, daß sie in der Organisation die einzige Stütze finden zur Erringung angemessener Lohn- und Arbeitsverhältnissen.

**Ludenwalde (Prov. Brandenburg).** Die eingeleitete Bewegung bei den Firmen Rich. Brandenburg, Herm. Drobek, Herm. Frehe, Emil Hasche, Wilh. Jahn, Paul Jahn, Karl Kühn, Herm. Roglich, Fr. Rosenthal und Rob. Vogel ist beendet. Die Firmen erklärten sich bereit, den Minimallohn von 8,50 M auf 9 M pro Mille zu erhöhen. Die Decke wird entrippt und aufgesetzt, das Umblatt und die Einlage angefeuchtet geliefert. Die gemachten Lohnzulagen betragen 25 und 50 S pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 56 Stunden festgesetzt.

**Hannover.** Die Bewegung der Zigarettenarbeiter bei den Firmen „Börsen“ G. m. b. H., Louis Grethe, „Kavari“ G. m. b. H. und M. Pfaff ist beendet. Die Löhne der Zigarettenmacher wurden um 10 bis 30 S pro Mille erhöht, so daß die Löhne betragen für runde Zigaretten 2,75 M bis 3,50 M, für flache Zigaretten 3,10 M bis 3,60 M, und für Mundstückzigaretten 3,10 M bis 3,50 M pro Mille. Der Lohn für Hülsenleber wurde auf 40, 50 und 60 S pro Mille festgesetzt. Die Löhne der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, darunter Zigarettenpackerinnen, Tabakaufrichter und Abschneiderinnen wurden — abgesehen von den vorgesehenen Steigerungen während der Dauer des Tarifs, von 1 M bis 2 M pro Woche erhöht. Die Anfangslöhne betragen für Hilfsarbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren 15 M, im Alter von 18 bis 20 Jahren 18 M und im Alter von über 20 Jahren 21 M und steigern sich bis 24 M pro Woche. Die Anfangslöhne der Hilfsarbeiterinnen, die noch keine 6 Monate in der Branche arbeiten, betragen bei solchen im Alter von unter 16 Jahren 9 M und im Alter von über 16 Jahren 10 M und für jene Hilfsarbeiterinnen, die mindestens 6 Monate in der Branche arbeiten und unter 16 Jahre alt sind, 12 M, und für solche über 16 Jahre 13 M pro Woche. Auch diese Löhne steigen laufend um 1 M pro Woche bis 16 M pro Woche. Die Löhne der Tabakaufrichterinnen und Sortiererinnen wurden, sofern sie in Akkordlohn arbeiten, auf 10, 12 und 15 S pro Kilogramm festgesetzt. Die wöchentliche Arbeitszeit darf 54 Stunden nicht übersteigen. Mit allen vier Firmen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Hollen b. Bünde.** Bei der Firma Linhart u. Sohn & Co. kam es zu erregten Differenzen, weil der Meister Felthöfster verlangte, daß die Arbeiter auf die



Lieferung zubereiteter Tabaks verzichten sollten. Hiergegen wehrten sich die Arbeiter und erreichten durch ihr einmütiges Vorgehen, daß der Meister den zubereiteten Tabak weiter liefert.

**Warendorf i. W.** Die Firma Kug. Schwenenbrod sperre ihre sämtlichen Arbeiter aus, da diese es ablehnten, bei verkürzten Löhnen zu arbeiten. Vor Zutritt wird gewarnt. Besonders wird die holländische Kollegenschaft ersucht, die Firma zu meiden.

**Frankenberg i. Sa.** In der Zigarettenfabrik der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine (Stz Hamburg) sind Differenzen ausgebrochen. Die G. E. G. verlangt von den Zigarettenmachern, daß sie die Zigaretten, die bis jetzt im Kasten abgeliefert sind, von nun an alltäglich auf Rahmen abliefern sollten. In dieser Ablieferung sahen die Zigarettenmacher eine Arbeitsverschlechterung und richteten deshalb an die G. E. G. das Ersuchen, für diese Mehrarbeit eine Erhöhung des Lohnes um 20 % pro Wille einzutreten zu lassen. Die G. E. G. lehnte es ab, dem Ersuchen der Zigarettenmacher zu entsprechen und ließ durch ihren Vertreter erklären, wer die Zigaretten nicht auflegt, wird entlassen. Auf nochmaliges Vorstelligwerden erhielten die Zigarettenmacher die gleiche Antwort. Dazu erklärte der Vertreter noch, als ihm der Vorschlag gemacht wurde, doch die maßgebenden Instanzen anzurufen, daß für sie, die G. E. G., keine Instanzen in Betracht kämen. Ebenso scheiterte auch der letzte Versuch, der von unserem Bevollmächtigten der Zahlstelle Frankenberg unternommen wurde, um die Aussperrung zu verhüten. Auch diesem wurde auf seine Frage, ob die Entlassung denn wirklich zur Wahrheit werden solle, erklärt, daß man im Auftrage von Hamburg handle und alle, die die Zigaretten nicht auf Rahmen abliefern, entlassen werden. Nachdem so alle Versuche, eine Einigung zu finden oder doch wenigstens die Entlassung zu verhüten, gescheitert waren, mußten die Zigarettenmacher und damit auch die Wieldmacher und Juristen den Betrieb verlassen. Die Arbeit ist bereits am Montag dieser Woche wieder aufgenommen und zwar zu den alten Arbeitsbedingungen. Ein nunmehr beistelltes Schiedsgericht wird über die Differenzen zu entscheiden haben.

**Goldberg i. Schl.** Außer der Firma Bladec & Geist erklärt sich nun auch die Firma Heinz Nischer bereit, die Löhne aufzubessern. Die gemachten Lohnzulagen betragen für alle Sorten 50 % pro Wille. Der Minimalrollenlohn beträgt bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke nunmehr 5 M und der Minimalwickellohn bei Lieferung angefeuchteten Umblatts und fertiger Einlage 2,50 M pro Wille.

### Wilhelm Schröder †

Am 3. November starb im Sanatorium zu Schledehausen der Schriftsteller Wilhelm Schröder im Alter von 69 Jahren. Wilhelm Schröder entstammte einer braven Zigarettenarbeiterfamilie in Altona, ihm war der Tabak von der Wiege an nicht fremd und noch kürzlich hat er in der „Arbeiterjugend“ zum Ausdruck gebracht, wie ein Kind empfindet, das mit Zigaretten die schönen Tage der Jugend dem nimmerjähren Kapitalismus opfern muß. Nach der Schulentlassung wurde Wilhelm Schröder Zigarettenarbeiter und wir erinnern uns, daß er schon in jungen Jahren in der damalig Hamburg-Altonaer Sortierervereinigung neben v. Elm und anderen emsig bestritten war, das Los seiner Kollegen verbessern zu helfen. Wie alle Tabakarbeiter im Gebiet des ehemaligen nördlichen Bezugsgebietes, kam auch Wilhelm Schröder sehr früh in die politische Bewegung und bald hatte man ihm die wichtigsten und damals nicht ungeschicklichen Posten übertragen. So leitete er den Bestand des „Führer“, „Sozialdemokrat“, der damals über die Grenzen geschmuggelt werden mußte. Noch in jungen Jahren wurde er in die Redaktion des „Vorwärts“ berufen und arbeitete hier mit Fleiß und Geschick, sich allmählich einen achtbaren Ruf als Schriftsteller verschaffend. Später trat er in die Leitung des Pressebüros der Partei ein, der er bis zu seinem Tode angehörte. In ausdrucksvoller Weise hat Wilhelm Schröder zu den verschiedensten Parteilagen seine Meinung zu sagen gewußt; ein umfangreiches Wissen auf mancherlei Gebieten befähigten ihn zum fruchtbaren Schriftsteller. Auch die Parteiliteratur verdankt ihm einige dauernd wertvolle Schriften. Als Redner ist Wilhelm Schröder in großen Versammlungen nicht bekannt geworden, er war ein Mann der stillen, unablässigen Arbeit, ein Mann, der nach Erkenntnis und Wissen grabend, Welt und Menschen durchforschte. Als Stadtverordneter in Wilmersdorf bei Berlin hat er energig die Interessen des Proletariats vertreten, wie er als Vorsitzender des dortigen Parteivereins organisatorisch für dasselbe tätig war. Ein Mann der Arbeit, im doppelten Sinne des Wortes, ist dahingegangen.

### Lohnbewegung und Maschinenarbeit.

In einer Branchenversammlung der in der Berliner Zigarettenindustrie beschäftigten Personen führte der Referent Kollege Tschewtschew u. a. aus: „Durch eine Lohnbewegung im Juni dieses Jahres wurde den Rund- und Rundstückenarbeitern (bei der Firma Garbath) der Lohn pro 1000 Zigaretten um 15 % erhöht. Diese Lohnbewegung suchte die Firma dadurch illusorisch zu machen, daß sie die Arbeitszeit der Rundarbeiter um 2 Stunden täglich verkürzte. Andererseits werden Zigaretten durch Leberstückenarbeit auf der Maschine hergestellt.“ (Siehe Bericht im „Vor-

wärts“ Nr. 277 und T. N. Nr. 45.) Diese Ansicht des Kollegen Tschewtschew deckt sich mit der Anschauung eines Teiles der Berliner Kollegenschaft. In der sich an das Referat anschließenden Diskussion trat ich dieser Ansicht des Referenten entgegen und verbot die Gründe zu entwickeln, die meines Erachtens für die Arbeitszeitverkürzung bei den Rundarbeiten maßgebend sind. In den Berichten über die Versammlung wird von dieser meiner Stellungnahme nichts erwähnt. Ich bin deshalb gezwungen, an dieser Stelle kurze Ausführungen zu machen. Ist die Ansicht des Kollegen Tschewtschew zutreffend, daß die Arbeitszeitverkürzung eine Folge der Lohnbewegung ist, so haben die Kollegen, die von jeder Lohnbewegung aus Angst vor der Maschine abraten, wohl nicht so ganz unrecht. Denn sie werden lieber mit dem augenblicklichen Lohn stilles nehmen, als nach einer Lohnbewegung gänzlich oder teilweise durch Wehreinführung von Maschinenarbeit hüllos zu werden. Jede Lohnbewegung der Handzigarettenarbeiter wäre also von Anfang an zur Erfolglosigkeit verurteilt. Meines Erachtens ist zu einem solchen Resultat kein Grund vorhanden, weil ich nicht einsehen kann, daß ein Fabrikant aus Unlust einer (und noch dazu so geringfügigen) Lohnbewegung zur Wehreinführung der Maschinenarbeit greifen wird. Diese meine Ansicht wird verständlich erscheinen, wenn beachtet wird, daß dem Fabrikanten die Herstellung von Handzigaretten um das Mehrfache teurer zu stehen kommt, als die Anfertigung von Maschinenzigaretten. Auf der Generalversammlung des Verbandes zu Braunschweig stellte der frühere Kollege Franz Schmidt eine Berechnung auf, nach der sich der Herstellungspreis der Maschinenzigaretten auf 65 % pro Tausend inkl. Amortisation und Betriebskraft, beläuft. Ich glaube, daß diese Berechnung eher zu hoch als zu niedrig greift. Wenn man nun bedenkt, daß der Durchschnittslohn für runde Handzigaretten bei Garbath vor der Lohnbewegung 2,55 M pro Tausend betrug, so wird man mit mir der Meinung sein, daß der Fabrikant je eher je lieber zur Herstellung der Zigaretten mit der Maschine greifen wird. Tut er das trotzdem nicht, so müssen andere Gründe als die Lohndifferenz dafür maßgebend sein. Diese Gründe sind auf dem Gebiete der Herstellungs- und Absatzmöglichkeit zu suchen. Geben wir uns darüber keiner Täuschung hin, daß jeder Unternehmer versuchen wird, sich die Fortschritte der Technik zunutze zu machen, sobald ihm die Herstellungsmöglichkeit der betreffenden Sorte Zigaretten auf der Maschine als gegeben und der Absatz dieser Ware als gesichert erscheint. Sollte also bei Garbath jetzt eine größere Produktion von Maschinenzigaretten stattfinden, so hätte diese stattgefunden auch ohne die Lohnbewegung. Wir hätten dann die Arbeitszeitschränkung auch ohne diese Lohnforderung. Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß diese Arbeitszeitschränkung durch vermehrte Produktion von Maschinenzigaretten veranlaßt ist, sondern ihre Ursache in einer Absatzstörung findet. Mögen die Kollegen, die doch sonst den Worten des Fabrikanten gegenüber vorsichtig sind, sich nicht von den Worten des Herrn Garbath-Rosenthal ins Bodshorn jagen lassen. Wenn Herr Rosenthal der Bestätigung Ausdruck gab, daß es ihm nicht mehr möglich sein werde, die betreffende Sorte mit der Hand herzustellen zu lassen, so war das ein Schachzug, der bezweckte, die Kollegen ängstlich zu machen. Die Kollegen haben sich seinerzeit dadurch nicht verblüffen lassen. Wenn es jetzt den Anschein hat, als habe Herr Rosenthal seine Drohung wahr gemacht, so ist das ein durch den Zufall der Produktionsstörung hervorgerufener Schein, der wie jeder Schein trügt.

### Berichte.

**Dresden.** Sektion der Sortierer und Ristenflecker. Am 8. November tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung war wichtig genug, und hatten sich deshalb 46 Mitglieder eingefunden. Kollege Hessel gab den Kasienbericht. Kollege Scholz beantragt als Revisor die Richtigkeitsprüfung. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf gab auf Wunsch Kollege Nobis einen kurzen Bericht, hauptsächlich über den Verlauf der Gantkonferenz. Vom Kollegen Hessel wird Auskunft verlangt über die Höhe der gezahlten Dividen. Er meint, daß durch die vielen Gantkonferenzen auch die Kosten eines Verbandstages zusammenkämen und hätte es für besser gehalten, wenn dieses durch die Zeitung gesehen wäre in Form von Artikeln, als daß man dort sich ausgesprochen hätte. Es wird von Nobis darauf hingewiesen, daß diese Gantkonferenzen hauptsächlich über den Zweck verfolgten, den Personen, welche sich in leitender Stellung befinden, die Handhabung und Ausführung der neuen Bestimmungen zu erleichtern. Zu diesen Konferenzen seien auch hauptsächlich Bevollmächtigte als Delegierte amtsend gewesen. Nun kam man zum wichtigsten Punkt: Wie stellen sich die Mitglieder zu den zwischen Sektionsleitung und Verwaltung bestehenden Meinungsverschiedenheiten? Nobis führt hierzu aus, daß, da man seinerzeit die Lokalkasse ausgebaut und dazu auch Bestimmungen geschaffen habe, die Verwaltung verlangt habe, daß ihr ein Exemplar davon zu übergeben sei, um davon Abschriften zu machen und eines dem Vorstand zu übersenden. Es sei dies von ihm verweigert worden mit dem Bemerkten, daß er hierzu nicht verpflichtet sei und daß er auch mit seinen Kollegen in der Zeitung erst Rücksprache nehmen müsse, ob sie damit einverstanden seien. Auf Grund der ganzen Sachlage hat die Zeitung es dann abgelehnt, ein Statut zu verabsorgen. In der nun einsetzenden Debatte erklärt zunächst Kollege Mrosan von der Verwaltung, daß die Verwaltung zu diesem Verlangen berechtigt sei, um über die örtlichen Einrichtungen informiert zu sein, irgend welche andere Absichten hätte die Verwaltung dabei nicht gehabt. Auch erklärt er, daß auch schon ein Mitglied ausgetreten wäre, weil ihm der Lokalkassenbeitrag zu hoch sei. Von Bernhardt wird darauf hingewiesen, daß der Ausbau unserer Lokalkasse sich durch die Kürzung der Unterstützungen, wie sie der Verbandstag in Heidelberg vorgenommen, notwendig gemacht habe. Auch bemerke ich der ganze Ausbau im Rahmen des Statuts, da auch der Fonds Eigentum der Dresdener Mitgliedschaft sei, so läge auch für die Sortierer keine Veranlassung vor, um eine Genehmigung irgendwo nachzujucken. Auch behaupte er, daß eine Aussprache zwischen Verwaltung und Sektionsleitung randweg abgelehnt worden sei, dadurch ist es zu der Zuspitzung der Dinge gekommen. In der weiteren Debatte, welche sich äußerst interessant gestaltet, beteiligen sich noch die Kollegen Nicolai, Hessel, Preißler, Rißke, Hessel und Nobis wiederholt. Es wird ganz besonders darauf hingewiesen, daß alle Versuche des Verbandes, auf irgend welche Weise Anspruch auf diesen Fonds zu machen, ganz entschieden zurückzuweisen seien. Dieser Fonds sei seit Bestehen der Organisation durch freiwillige Beiträge, Ueberläufe von Vergütungen usw., zusammengespart wor-

den zur Unterstützung aller, insoweit Kollegen. Wenn nun die Kollegen merken, daß man das Bestreben hat, doch die Hände danach auszubreiten, so ist der Widerstand, der geleistet wird, auch berechtigt. Gleichzeitig wird auch dem Kollegen Mrosan noch mit auf den Weg gegeben, den Sortierern gegenüber nicht zu sehr anzuwippen, da dann ein Verhältnis eintreten könnte, welches ebenfalls nicht im Interesse des Verbandes liege. Das Ergebnis der Debatte verbleibt sich zu folgendem Antrag: „Die heute im „Arbeiter“ stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung der Sektion der Sortierer und Ristenflecker beschließt, der Verwaltung nur zur Informierung ein Exemplar der Statuten der Lokalkasse zu übergeben, jedoch mit dem Vorbehalt, daß sie es ablehnt, irgend welche Direktiven seitens der Verwaltung entgegenzunehmen, noch irgendwelche Verpflichtungen dem Verband gegenüber zu übernehmen.“ Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Ein Antrag Boigt, welcher dem Kollegen Nobis das Vertrauen ausspricht, wurde zurückgezogen, da durch Annahme dieses Antrages in seinem Wortlaut die Versammlung befürchtet hätte, daß Nobis zur Geheimhaltung verpflichtet gewesen wäre. Es wird noch von Bernhardt auf die Wichtigkeit der demnächst stattfindenden Frankfurterwahl hingewiesen und jedes Mitglied verpflichtet, sein Wahlrecht auszuüben.

**Strasburg i. E.** Am 6. November fand eine stark besuchte Betriebsversammlung der Kaiserlichen Tabakmanufaktur statt. Ein erfreuliches Zeichen ist es, daß diesmal eine große Zahl unorganisierten Kolleginnen erschienen war. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Die gegenwärtige Krise in der Zigarettenindustrie und die Produktionsbeschränkung der Kaiserlichen Tabakmanufaktur; 2. Bericht über die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion zwecks Verkürzung der Arbeitszeit. Zum ersten Punkt referierte Gauweiler Durban-Offenbach. In der Hand der Reichsarbeitslosenstatistik wies der Referent die Schäden der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach. Recht verständlich schilderte Redner die Ursachen und Wirkungen der Konsumverminderung in der Zigarettenindustrie, daß sich auch die Kaiserliche Tabakmanufaktur mit der Einschränkung der Produktion befähige; Redner betonte, daß es endlich einmal Zeit wäre, daß sich die Kolleginnen alleamt dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen, um gegen weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft zu sein. Die 1½stündigen Ausführungen des Kollegen Durban fanden lebhaften Beifall. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Werning (Wauarbeiter), der in längerer Ausführungen dem Referenten zustimmte und betonte, daß noch Hunderte Frauen und Töchter der gewerkschaftlich organisierten Männer Strasburgs in der Tabakindustrie beschäftigt sind. Nicht der Männer ist es, ihre Angehörigen dem Tabakarbeiterverband zuzuführen. Den Bericht über die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion erstattete eine Kollegin. Die Arbeitszeit ist festgesetzt von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends mit einer zweistündigen Mittagspause in den Wochentagen, von 8 Uhr vormittags bis 11½ Uhr am Samstag. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Durban, Adam und eine Kollegin. Einstimmig gaben die Kolleginnen den Abmachungen ihre Zustimmung. Nach einem anfeuernden Schlusswort des Kollegen Durban schloß der Vorsitzende, Kollege Adam, mit der Aufforderung an die Unorganisierten, sich dem Verband anzuschließen, die imposante Versammlung. Eine Anzahl Neuaufnahmen war der Erfolg der Versammlung.

### Eingegangene Literatur.

**In freien Stunden.** Wochenschrift für Arbeiterfamilien. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 %. Jede Woche erscheint ein Heft.

**Kommunale Praxis.** Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementpreis vierteljährlich 3 M. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen.

Wie jede Familie im Eigenhause billiger als zu Miete wohnen kann. Unter diesem Titel erschien soeben als Jubiläumsausgabe das 100. Tausend eines Buches von hervorragender sozialer Bedeutung für jede Familie. Heute gehen ungeheure wirtschaftliche und ethische Werte in den großen Mietkassernen verloren. Die Familien zahlen in 20 bis 25 Jahren an Miete so viel oder noch mehr, als sie nötig hätten, um den Besitz eines Eigenhauses zu amortisieren, ihn schuldenfrei zu erwerben. Das uns jetzt in doppeltem Umfang vorliegende Werk hat schon über 90 000 Familien wertvolle Anregungen geben können, wie man zum Besitz eines Eigenhauses gelangt, Baulapital und Hypotheken beschafft, wie man zweckmäßig und besonders billig bauen kann, Rentabilität des eigenen Hauses erreicht, welche Vorteile gute haustechnische Ratschläge bringen, welche Heizungsart für das Eigenhaus die beste ist und wie ein Hausgarten den Hauszins mit aufbringen hilft. Jede Familie erkennt im Sommer, auf der Erholungsreise usw. doppelt den Wert des Wohnens im eigenen Hause und jede Familie hat sicher den Wunsch, die Mietwohnung bald mit dem Eigenheim nebst Garten zu vertauschen. Das Werk ist im bekannten Heimkulturverlag Westdeutsche Verlagsgesellschaft in Wiesbaden erschienen, ist 176 Seiten stark mit 160 Plänen und Abbildungen von Mutterhäusern mit Angabe der Baukosten usw. und kostet kartoniert nur 1,50 M. (Porto 20 %), für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Stz Wiesbaden) die für 10 M. Jahresbeitrag die Kunstzeitschrift „Heimkultur“ und vier gebundene Heimkulturbücher im Gesamtwerte von 24 M. erhalten, wird dieses Werk als Feriengabe kostenlos geliefert. Wer sich für die Heimkulturbetreibungen interessiert, lasse sich die Vereinsdrucksachen aus Wiesbaden kommen.

Von den Lichtstrahlen, monatliches Bildungsorgan für den ländlichen Arbeiter, herausgegeben von Julian Vorhardt, ist soeben Nr. 3, das November-Heft, mit folgendem Inhalt erschienen: Die Geburtenbeschränkung als revolutionäre Waffe. — Gien gibt Geld. — Freizeit, die sie meinen. — Ueber vorwissenschaftliche Ausgrabungen. Die Lichtstrahlen sind zum Preise von 10 % pro Heft bei allen Reichsdruckereien, Parteibuchhandlungen und Kolportieren, sowie beim Verlag Berlin-Lichterfelde 3, Hebewigstr. 1, zu haben.

**Kollegen, agitiert für den Verband!**

**LISTE**  
ERHALTEN SIE KOSTENLOS  
DURCH  
ÜBER GEBRAUCHE  
**WICKEL- 205 T L. COHN & Co.**  
**FORMEN** 24 BRUNNENSTR. 24  
BERLIN



**Neues vom Taylor-System.** Die wissenschaftliche Betriebslehre oder, wie es allgemein heißt, das Taylor-System, treibt immer tollere Blüten. So konnten wir schon berichten, daß der Kinematograph zur Beobachtung und Verbesserung der Arbeitstätigkeit der Arbeiter Verwendung findet. Einen weiteren Ausbau dieses Systems empfiehlt ein Ingenieur in der „New York Sun“. Er läßt sein Versuchsanliegen, das heißt den Arbeiter, dessen Arbeitstechnik nachkontrolliert und zu Verbesserungszwecken verwendet werden soll, einen Ring mit einer elektrischen Leuchtvorrichtung, die in beliebig kurzer Zeit automatisch aufleuchtet, an einen oder mehrere Finger der Hand stecken. Der Arbeiter arbeitet vor einem geöffneten photographischen Apparat, auf dessen Platte die Lichtblitze eine punktierte Linie darstellen. Die zu jeder einzelnen Bewegung gebrauchte Zeit läßt sich dann an der Zahl der Punkte genau abzählen. Bei einer stereoskopischen Aufnahme soll der Erfolg noch besser sein.

Der mit Hilfe aller solchen Mittel einige Monate hindurch gebrütete Arbeiter leidet natürlich mehr und man zahlt ihm zunächst auch einen hohen Lohn. Das verführt leider viele Arbeiter dazu, sich für die Zwecke dieser Methoden ausnützen zu lassen. Wie groß die dadurch entstehende Ausbeutung ist, geht auch aus einem Berichte des General-Comptroller, des technischen Leiters des staatlichen Arsenals hervor, worin er den Kriegsminister ersucht, alle Anträge auf Abschaffung des dort eingeführten Taylor-Systems strikt abzulehnen. Er behauptet, daß die Arbeiter infolge dieser Methoden jetzt 20 bis 30 Prozent mehr Lohn in Form von Prämien wie früher erhalten, während zugleich der Gewinn des Staates aus der Arbeit der Beschäftigten um 80 Prozent zugenommen habe. Aber auch er macht keine Angaben darüber, wie lange denn ein Arbeiter unter solchen Methoden arbeitsfähig bleibt.

## Berichte.

**Hamburg-Altona. Oeffentliche Versammlung am 3. November.** Ueber das Thema: „Was bietet das am 1. April 1912 in Kraft getretene Hausarbeitgesetz den Tabakarbeitern und welcher Wert haben die Fachauschüsse?“ referierte Gauleiter Paderberg. Redner gab zunächst eine geschichtliche Darstellung über die Entwicklung vom Handwerk zur Großindustrie. Einige Industrien, welche sich keine oder nicht bedeutende Maschinenkraft nutzbar machen können, bedienten sich noch der Hausarbeit. In hervorragender Weise sei dieses in der Tabakindustrie der Fall, daher auch die traurigen Lohnverhältnisse der Fall, daher auch die traurigen Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter. Der erste Antrag, daß sich auch weitere Kreise mit dem Elend in der gesamten Heimindustrie beschäftigen müßten, bildete der im Jahre 1896 ausgebrochene Streik der Konfektionsarbeiter. Auch der erste Heimarbeiterkongress 1904 sowie die im Jahre 1906 veranstaltete Ausstellung der Heimindustrie, hätten das Elend der Heimarbeiter in überzeugender Weise auch den bürgerlichen Kreisen vor Augen geführt. Hierdurch sah sich auch die Regierung veranlaßt, dieser Materie näherzutreten. Eine im Jahre 1907 geplante Reform kam im Reichstage nicht mehr zur Erledigung. Am 1. April 1912 sei endlich das Hausarbeitgesetz in Kraft getreten. Redner wies an mehreren Beispielen die Unzulänglichkeit dieses Gesetzes nach. Das ganze Gesetz sei weder Fisch noch Fleisch. Das Wortchen „Tami“ spiele auch hier, wie bei allen Gesetzen zum Schutze der Arbeiter, eine große Rolle. Die §§ 4 und 5 des Gesetzes, die den Kernpunkt desselben bilden, sind jedoch noch nicht in Kraft getreten. Hierüber wird erst der Bundesrat Erhebungen veranlassen, um festzustellen, inwiefern Ausnahmen „notwendig“ sind. Redner besprach weiter noch die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes und schloß in anknüpflicher Weise, wie selbst auf Grund dieser unzulänglichen Gesetzesreform die geklärten Fachauschüsse für die Heimarbeiter wirken könnten. Leider hätte der Bundesrat zur Bildung von Fachauschüssen bisher nichts unternommen. Wenn auch wir Tabakarbeiter prinzipielle Gegner der Heimarbeit wären, so müßte man doch versuchen, die winzigen Vorteile, welche dieses Gesetz den Arbeitern bietet, für diese auszunutzen und dahin zu wirken, daß eine bessere gesetzliche Regelung Platz greife. Unsere Pflicht sei es, unsere Vertreter im Reichstage mit diesbezüglichem Material zu versorgen. (Beifall.) Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 3. November 1913 tagende Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von Hamburg, Altona und Umgegend hält die Bestimmungen des am 1. April 1912 in Kraft getretenen Hausarbeitgesetzes für durchaus nicht genügend, um einen wirksamen Schutz der Hausarbeiter in der Tabakindustrie zu gewähren. Besonders bedauert es die Versammlung, daß noch nicht einmal das ganze Gesetz in Wirksamkeit getreten ist, und fordert, daß die §§ 3 und 4 des Gesetzes baldigst in Kraft treten. Gleichfalls fordert die Versammlung für den oben den Orten Hamburg, Altona und Umgegend bestehenden Bezirk, der eine große Zahl von Hausarbeitern der Zigarrenindustrie aufweist, einen Fachauschuss. Die Versammlung beauftragt die Gauleitung, dem Bundesrat eine entsprechende Eingabe zugehen zu lassen.“ Unter „Verständigen“ brachte Paderberg die bedauerliche Tatsache zur Sprache, daß es noch immer eine große Anzahl Hausarbeiter gäbe, die es nicht für notwendig halten, den einmal gefassten Beschlüssen nachzukommen. Beispielsweise der im allerersten Interesse gefasste Beschluß, nach welchem die Arbeiter verpflichtet sind, bei Neueinführung von Fassons, der Gauleitung sofort Mitteilung zu machen und eine Probezigarre einzuliefern. Falls es der Hausarbeiter unterlasse, erwache den Hilfsarbeitern diese Pflicht. In letzter Zeit sei es auch vorgekommen, daß einzelne Firmen versuchen, für Sorten, die längere Zeit nicht gemacht sind, jetzt bei Wiedereinführung dieser Sorten, geringere Löhne zu zahlen, als früher festgesetzt sind. Es gelte für jeden Kollegen, sich nach den Beschlüssen zu richten, um zu verhindern, daß unsere gedrückte Lage nicht noch mehr verschlechtert wird. Selbst „Lohnangebende“ Firmen verschmähen es nicht, bei Einführung von neuen Fassons selbst zu hohen Verkaufspreisen, den Arbeitern wahre Hungerlöhne zu bieten.

**Karlsruhe.** Am 18. Oktober fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Kartellbericht; 4. Vorstandsbericht; 5. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kollegen Durrart verlesen; sie bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 848,97 M. Da die Prüfung die Richtigkeit ergab, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Rothacker ermahnt die restierenden Mitglieder, ihre Beiträge fleißiger abzuführen. Die Neuaufnahmen wurden vom Vorsitzenden bekanntgegeben. Den Kartellbericht gibt Kollege Rothacker; er hebt hauptsächlich die Volkshilfsbildungsfrage hervor, welche von der Stadt mit geringen Kosten in der Hochschule alljährlich, so auch in diesem Jahre, abgehalten werden; ferner spricht er über die Herbstfeier des Gewerkschaftsverbandes, sowie über den Beitritt zur Volkshilfsbildungs- und zum Kostenverein. Beschlüssen sei auch, das Unternehmen der ausgeperrten Metzgergesellen besser zu unterstützen. Im Vorstandsbericht gibt der Vorsitzende bekannt, daß ein Stützpunkt geplant ist mit lommischen Vorträgen und Ball; es soll am 22. November stattfinden; der Eintritt kostet 20 M., das Tanzgeld 50 M., freiwillige Gaben zur Verlobung werden entgegengenommen. Die Gaben werden zur Deckung der Ausgaben verlost. Dieser Voranschlag fand einstimmige Annahme. Auf Antrag S. L. L. wurde als Lokal der Landauer Hof genommen.

## Briefkasten der Redaktion.

Nach Viebrich und Nauen, Bekanntmachungen über Fernhaltung von Zuzug müssen vom Vorstande ausgehen, so daß an diesen auch diesbezügliche Anträge zu richten sind. Uebrigens ist es nicht nur in Viebrich und Nauen mit dem Geschäftsgang so schlecht, sondern in vielen anderen Orten ebenfalls, so daß es unmöglich ist, für alle diese Orte solche Bekanntmachungen zu erlassen; was dem einen recht ist, muß ja doch dem anderen billig sein. Und schließlich hat es unter solchen Umständen auch wenig Wirkung.

## Verbandsteil.

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6048.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einzahlungs- und Wertungen nur an W. Nieder-Belland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Nienbock, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Kisten, Altona-Dittjen, Treibendallee 46 I, zu adressieren.

## Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet: Tressfurt. Das Mitgliedsbuch S 48 571, lautend auf Hermann Burheime aus Wilsenhäusen; das Mitgliedsbuch S II 48 597, lautend auf Adolf Gramsdorf aus Hamburg. (S. 2536, 18. J. 13.)

Ohne Umwidmung abgereicht: Guben: Der Zigarrenmacher Hermann Schapke aus Erster (Nieder-Barum), eingetr. am 14. 8. 1911. Buch S II 16 829. (S. 2541, 6. J. 13.)

Ausgeschloffen nach § 13: Magdeburg: Der Zigarrenmacher Heinrich Hotzappel aus Nordhausen — geb. 18. 3. 1864, eingetr. am 1. 5. 1884, Buch S II 4713. — (S. 103, 271, 357, 1028, 1802, 2410. J. 13.)

Wittenberge (Potsdam): Als Arbeitswilliger der Zigarrenmacher Gustav Thurn aus Prenzlau, eingetr. am 21. 8. 1913, Buch S II 53 858. (S. 2546, 9. J. 13.) Der Verbandsvorstand.

Abrechnungen vom 3. Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 4. bis 10. November:

- Gau Hamburg: Delmenhorst, Althöfen.
- Gau Braunschweig: Helmarschhausen.
- Gau Nordhausen: Wansfried.
- Gau Hersfeld: Weisenau, Schwemlingdorf, Burgsteinfurt, Nafden, Br.-Dibendorf, Westlilien.
- Gau Heilberg: Heilberg, Unterwischheim.
- Gau Osnabrück: Kaufzellhof.
- Gau Karlsruhe: Schornbrunn, München.
- Gau Erfurt: Eisenach, Wajungen, Weida, Merseburg, Mühlh.
- Gau Dresden: Deltisch.
- Gau Breslau: Raitbor, Milschlaw, Görlitz, Wans.
- Gau Berlin: Wilsenhäusen, Pasewalk.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. V. = Verbandsbeiträge, N. = Annahen.

1. November: Eisenberg R. 70,—, Dresden R. 1200,—, Bödingen R. 200,—, Großenhain R. 80,—, Lobenstein R. 62,89, Döbeln R. 150,—, Schwedt R. 100,—, Weißenfels R. 100,—, Bismont R. 100,—, Neuenkirchen R. 50,—, Kirchseengern R. 50,—, Neufels R. 50,—, 2. November: Debetan R. 50,—, Würzen R. 150,—, Godesheim R. 600,—, Harburg R. 50,—, Kleinschmalkalden R. 60,12, 3. November: Mänschberg R. 25,—, Nafden R. 100,—, Laub R. 40,—, Wajungen R. 119,85, Gerstendorf R. 50,—, Lützen R. 100,—, Sprottau R. 5,—, 4. November: Apolda R. 100,—, Schölar R. 60,—, Bräse i. Lippe R. 100,—, Oldenburg R. 50,—, Helmstedt R. 48,—, Althöfen R. 40,—, Halberstadt R. 250,—, Schornbrunn R. 100,—, Neufels R. 50,—, 5. November: Weida R. 60,—, Wöthe R. 300,—, Magdeburg R. 100,—, Nordhausen R. 1000,—, Sommerfeld R. 50,—, 6. November: Bremen R. 350,—, Burgsteinfurt R. 300,—, Pasewalk R. 100,—, N. — 70,—, Schmolln R. 200,—, Unterrieden R. 115,—, Hamburg R. 100,—, Dünne R. 60,—, 7. November: Groß-Rohden R. 100,—, Bremen, den 10. November 1913. W. Nieder-Belland, Kassierer.

## Statistik

### für das Kaiserliche Statistische Amt.

An die Gauleiter!

Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht für nötig, diese Angaben zu machen oder schicken die Karten so spät ein, daß sie nicht mehr mit Berücksichtigung werden können. Es ist überflüssig, wenn sämtliche Zahlstellen nach der Veröffentlichung noch Karten einreichen, da diese nicht mehr verwendet werden können.

Wir ersuchen nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten ihres Gau'es über die Wichtigkeit der Statistik aufzuklären und sie zur pünktlichen Einreichung der Angaben anzuhelfen.

Von folgenden Zahlstellen ging für den Monat Oktober keine Angabe ein:

- Gau Hamburg: Langwedel.
- Gau Braunschweig: Helmarschhausen, Helmstedt, Wolfenbüttel, Glashaus, Nienbock.
- Gau Nordhausen: Wansfried, Althöfen, Gebese.
- Gau Hersfeld: Bismont, Schwemlingdorf, Walsenbrück, Warendorf, Westlilien, Mühe, Nienstedt, Ostlilien.
- Gau Osnabrück: Emmerich, Kettwig, Kreuznach, Auremburg.
- Gau Frankfurt: Wiesbaden, Roth, Gr. Auheim, Langenselbold, Niederrödenbach.
- Gau Heilberg: Gobraamstein, Reimen, Kafferslautern, Heilberg.
- Gau Osnabrück: Emmendingen, Freiburg i. B., Renzlingen, Zunsweier.
- Gau Karlsruhe: Rildersberg, Schönau, Stuttgart, Zuffenhausen, Rastatt, Ansbach, München.
- Gau Erfurt: Apolda, Neufels, Gera, Kreuzburg, Weida, Mühlh., Könnern, Raumburg, Walldorf a. W.
- Gau Dresden: Deuben, Eiban, Hainichen, Erdmannsdorf, Kreischa, Torgau.
- Gau Breslau: Glatz, Görlitz, Grünberg, Oppeln, Strehlen, Striegnau, Schwertin a. W.
- Gau Berlin: Tiltz, Stolp i. B., Driesen, Landsberg, Sorau.

## Adressenverzeichnis

der dem Internationalen Sekretariat der Tabakarbeiter angeschlossenen Organisationen.

- Für Belgien: H. Juyters, Antwerpen, Rue des Images 98 (Belgisch Central-Verbond der Sigaren- en Tabakbewerker).
- Für Bulgarien: N. Gospodinoff, Philippopol, Naroden Dom (L'Union des Ouvriers du Tabac en Bulgarie).
- Für Dänemark: F. Möller, Kopenhagen, Römersgade 22 (Tobaksarbejderforbundet i Danmark).

- Für Deutschland: C. Deichmann, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Deutscher Tabakarbeiter-Verband).
  - Für England: B. Cooper, London E. E., Sir Walter Raleigh, Newstreet 20 (Cigar Makers' Mutual Association).
  - Für Holland: H. J. Bruens, Amsterdam, Reguliersgracht 80 (Niederländische Sigaren- en Tabakbewerker Bond).
  - Für Norwegen: H. Johansen, Kristiania, Folkets Hus (Tobaksarb.-Forbundet i Norge).
  - Für Oesterreich: Frz. Paternmann, Wien XVI, Klausgasse, Arbeiterheim (Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -Arbeiter Oesterreichs).
  - Für Schweden: Albt. Kindstrandt, Stockholm, Bränkyrkagatan 96 (Tobaksarb. Förbundet i Sverige).
  - Für Schweiz: R. Fischer, Zürich, Volkshaus (Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz, Sektion der Tabakarbeiter).
  - Für Serbien: Dragiska Zaptschewitz, Belgrad, Ljubitsch (Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen Tabakmonopol und übrigen ärarischen Werke, Belgrad).
  - Die Adresse für die Organisation der Zigarrenmacher der Vereinigten Staaten von Amerika: G. W. Perkins, Chicago III, Mouvn Building 1150 (Cigar Makers' International Union of America). Diese Organisation ist dem Sekretariat noch nicht angeschlossen. Die Abstimmung über den Anschluss findet zurzeit statt.
- Bei Korrespondenzen mit dem Auslande sind vorstehende Adressen zu benutzen.  
Bremen, Faulenstr. 58/60. C. Deichmann, Sekretär.

## Adressen der Bevollmächtigten.

- Wusterhausen (13): 1. Bev. Ferd. Wille, Bahnhofstr. 14; 2. Bev. Aug. Reich, Heiliggeiststr. 2.
- Edingen (7): 1. Bev. Adam Maurer, Hauptstr. 20.
- Wajungen (10): 2. Bev. Wilh. Schneeganz.
- Rehda (4): 2. Bev. F. Göbel, Rehda, Wallstr. 82.
- Merseburg (10): 1. Bev. Aug. Schmidt, Liefer Keller 5, II.

## Arbeitsnachweise.

- Die Bureaus befinden sich:
- Für den Gau Hamburg: Gottlieb Diering, Bureau: Gimbsbüttelstraße 10.
  - Für Bremen: Heinrich Bohnenlamp, Faulenstr. 58/60 I, Zimmer 13. Sprechstunden: 8½ bis 10½ vormittags und 7 bis 8 Uhr abends.
  - Für den Gau Braunschweig: Ernst Spardale, Gabelsbergerstr. 4 b. Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zuzugende dort Arbeitslosenunterverfügung.
  - Für den Gau Nordhausen: Verbandsbureau: Wollstraße 14.
  - Für den Gau Hersfeld: Wilhelm Schlüter, Bureau, Kurfürstenstraße 3.
  - Für den Gau Osnabrück: Ludwig Klein, Hehrichstraße 27 III.
  - Für den Gau Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Gneisenaustr. 113 II.
  - Für den Gau Osnabrück: Georg Durban, Wegstraße 15 II.
  - Für den Gau Heilberg: Gauleiter Eht. Stod, Kaiserstr. 57, Hth. Mannheim: Ferd. Dahms, H. 6, Nr. 22.
  - Für den Gau Karlsruhe: Ad. Heising, Werderstraße 95, prt.
  - Für den Gau Erfurt: Anton Fischer, Udebederstraße 28. Sprechstunden: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
  - Für den Gau Dresden: Rosenh. Dommer, Rinderastr. 2 III, Zimmer 34. Für Coetiere: Walter Kabis, Dresd.-Nieschen, Torgauerstraße 56, prt. Sprechzeit: 12—1 Uhr mittags und 6—7 Uhr abends; an Sonnabenden nur 3—6 Uhr nachmittags.
  - Für den Gau Breslau: Wilhelm Prämmer, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 39.
  - Für den Gau Berlin: Wilhelm Tschenschner, Berlin, Bureau: Dragonerstraße 6a, vorn, II. Et.
- Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

## Arbeitsnachweis für Sortierer und Ristenbekleber

- Breslau: Dr. Hemrich, Hofenstr. 53, Seitenhaus 1.
- Godesheim: Ost. Scheffler, Parkstr. 46.
- Brieg: Anstalt in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erstellt Carl Späth, Neuhäuserstr. 56.
- Altenburg (S.A.): Ernst Krimme, Jungfergasse 63 II.
- Berlin: Otto Krämer, Berlin NO. 55, Dreißigwälderstr. 195
- Erfurt: Otto Klerich, Reifstr. 18 b.
- Apolda: Ehm. Döring, Buttkaufstr. 41.
- Mittweida: Walter Raabe, Steinweg 70.
- Tressfurt a. Werra und Schnellmannshausen: W. Lamps, Tressfurt an der Werra.
- Emmendingen: Karl Kienle, Müdingenstr. 34.

## Arbeitsangebote.

Eine tüchtige Widelmacherin bei tarifmäßigem Lohn und dauernder Arbeit.  
Ein Zigarrenmacher, der sich selbst Widel macht. Nachfragen beim Arbeitsnachweis Breslau: Wilh. Kränker, Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17, II, Zimmer 39.

## Mitglieder-Versammlungen.

- Sticht der gewohnheitsmäßigen Versammlungsschmüzern, wo ihr sie trifft, auf's Dach und sagt ihnen, was sie zu tun haben! Sonnabend, den 15. November: Spenge: L.-D. Abrechnung; Wie agitierten wir für den Verband? Verchiedenes. Sonntag, den 16. November: Bräse i. L.: Nachm. 1½, b. Heimbäcker. L.-D. wird dort bekannt gegeben. Montag, den 17. November: Zeuge: Ab. S. b. Schröder. Ref. Gaul. Wähe. Sonnabend, den 22. November: Dessau: Abds. 8½ Uhr, Gewerkschaftshaus. L.-D. sehr wichtig.

## Gestorben:

- Am 1. November zu Lübeck Heinrich Rehlens aus Rensfeld, 19 Jahre alt.
  - Am 4. November zu Merseburg Marie Gebhard, geb. Schlach, aus (?), (?) Jahre alt.
  - Am 5. November zu Hünneberg Luise Strauß, geb. Krüger, aus Hünneberg, 32 Jahre alt.
- Gereihren Andenten!



# Heinrich Franck

Mein  
**November-  
Katalog**

bletet in allen Sorten wert-  
vollste Offerten  
zu sehr billigen  
Preisen

**Berlin N 54, Brunnenstraße 22**

Sumatra-Decken, Vollblätter, helle, edle Tabake . . . . . von Mk. **1.60** verz. an  
Vorstenlanden-Decken, Vollblätter, zarte leichte Tabake . . . . . von Mk. **1.60** verz. an  
Sumatra-Umblatt, vorzüglich schmeckende Tabake . . . . . von Mk. **1.30** verz. an  
Java-Umblatt, leichte zarte Vollblätter, gute Marken . . . . . von Mk. **1.35** verz. an  
Java-Einlagen, gutschmeckende ergiebige Tabake . . . . . von Mk. **0.90** verz. an  
Domingo-Aufarbeiter, trockene, flottbrennende Tabake . . . . . von Mk. **0.95** verz. an  
Uckermärker Tabake, aus besten Ortschaften, flott brennend . . . . . von Mk. **0.83** verz. an

sowie in allen andern Sorten grösste Auswahl zu niedrigsten Preisen.

## Gebrauchte Wickelformen:

Za. 400 verschiedene moderne und modernste Fassons am Lager.

Musterbogen umsonst und portofrei!

## Gauleiter-Gesuch.

Durch die Wahl des Kollegen Stod zum Arbeitersekretär ist die Gauleiterstelle für den Gau Heilberg (Sitz Heilberg) neu zu besetzen, und suchen wir zum baldigen Eintritt einen Gauleiter für diesen Gau. Bewerber, die organisiert und der Tabakbranche angehören müssen, wollen ihre Bewerbung, versehen mit einem Aufsatz über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und den Aufgaben eines Gauleiters bis zum 22. November d. J. an G. Deichmann, Bremen, Faulenfr. 58/60 II, Zimmer 32, einreichen.

Die Anstellungsbedingungen regeln sich nach den Beschlüssen der Braunschweiger Generalversammlung.

Bremen. Der Vorstand. J. A. G. Deichmann.

## W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstraße 14

Neu eingetroffen:

**1912er Holländer Erdgut No. 7419**

sehr leichtblättriges, gut brennendes Umblatt, enorm ausgiebig, M 1.30 pro Pfund verzollt.

**Sumatra No. 6869**

2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M 2.25 pr. Pfund verzollt

Beordern Sie Muster!

## J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 400, 450, 500 A  
Sumatra-Umblatt, Vollblatt 160 A  
Sumatra-Umblatt und Einlage (oftz.) 100, 110 A  
Java-Decker, dunkel 160, 220 A, hell 200, 220, 260, 280, 300, 320 A  
Java-Umblatt 140, 150, 160 A  
Java-Einlage 95 A, mit Umbl. 100, 105, 110, 120 A  
Vorstenland-Decker 160, 180, 200, 220, 260, 275, 300, 320 A  
Brasil-Decker 180, 210, 250 A  
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken 130, 140, 150, 170 A  
Mexiko-Decker (Andres) 350, 400 A  
Havana 200, 250, 300, 400, 700 A  
Yara-Cuba 220, 250 A, feine Dual.  
Seedleaf-Umblatt 110, 120, 140, 155 A  
Carmen-Umbl. 100, 110, 120, 130 A  
Domingo A 85, 90 A, F 100, 110 A, FF 110, 120, 130 A  
Lougat (blättrig) 95, 100 A  
Original-Mischung, meist Umblatt 110 A  
Geschnittene Einlage, mit Brasil, tabellose Qualität u. Brand 110 A  
neue und gebraucht in allen Fassons von 50-150 A  
Schiffchen-Abdrücke, reizende gratis und franco.  
Neue, schmelzdeiserne Formenpressen mit Klappgewinde, besonders halt. gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M.  
Summi-Fragant, allerfeinste Ware, größte Kleckkraft, per Pfd. 250 A.  
Zigarrenband, pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 135, 150, rot 130 A.  
Basishäselband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 A. [9]  
Preise per Pfund verzollt einschliesslich Verzollung. Versand nur unter Nachnahme.

## Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

Besonders preiswertes Angebot:

### Sumatra-Vollblatt-Decken

Hochfeine fahle 2. Länge, sehr grosse Deckkraft . . . . . à 700 A  
Hochfeine lebhaft 2. Länge . . . . . à 600 A  
Hochfeine elegante 2. Länge . . . . . à 550 A  
Hellfarbige 2. Länge, grosse Deckkraft . . . . . à 300 A  
Linksroller, 2. Länge . . . . . à 250 A  
Linksroller, 3. Länge . . . . . à 250 A

### Vorstenland- und Java-Decken

Kehrdecker, ganz fahl, sehr grosse Deckkraft . . . . . à 400 A  
Kehrdecker 2. Länge, duffe Farben . . . . . à 300 A  
Kehrdecker 3. Länge, lebhaft 2. Länge . . . . . à 200 A  
Kehrdecker 2. Länge, durchweg matte Farben . . . . . à 200 A

### Sumatra- und Vorstenland-Umblatt

schönes Material, sehr ergiebig . . . . . à 160 und 180 A  
sowie in allen anderen Sorten zu allerbilligsten Tagespreisen.

Verlangen Sie Bemusterung.

## H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482

anerkannt reelle, billige  
Bezugsquelle sämtlicher Tabake  
empfehlen

Sumatra-Decker (hänneweisser Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 A  
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170 A, Stückblatt 130, 140, 150 A  
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 A, (mittel) 200, 220, 240, 250 A  
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 A  
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 A  
Vorstenland-Decker 180, 200, 220, 240, 260, 270, 300, 320, 350 A  
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 A  
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 A  
Geschnittene Einlage 110 A  
Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 125, alle feinstes Umblatt 140 A  
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 A  
Seedleaf 110, 120 A  
Lougat (blättrig) 95, 100 A  
Original-Mischung 105, 110, 120 A  
Havana 150, 200, 250, 300, 400 A  
Decker 650 A  
Yara-Cuba (jaune) 180, 200, 250 A

### Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker, 3. Länge Vollblatt, mittelhell, 180 A  
Sumatra-Decker, 2. Länge Vollblatt, mittelhell, 230 A  
Sumatra-Decker, 1. Länge hell, 450 A  
Vorstenlanden-Decker, hell, 230 und 260 A  
Java-Umblatt, Bezocht, 140 A  
Java-Einlage 85 A  
Felix-Decker PP, Cruz das Almas, 200 und 220 A  
Felix-Einlage, gestredte Blätter, 140 A  
Domingo FF, großes zartes Blatt, 125 A  
Domingo F, Umblatt, 105 A  
Domingo H, blättriger Aufarbeiter, 95 und 100 A  
Carmen, großes Umblatt, beste Ware, 135 A  
Carmen-Umblatt, 1a. Ware, 120 A  
Carmen-Aufarbeiter, 110 A  
Carmen-Einlage, 100 A  
Havana-Vuelta, Einlage mit Aufleger, 200 A  
Havana-Einlage, laire Vuelta in Malotten 160 A  
Mexiko-Decker, tabelloser Brand, 230 A  
Lougat, rein amerikanisch, beste Ware, 95 A  
Preise pr. 1/2 kg verzollt inkl. Verzollschlag.  
Versand nur gegen Nachnahme.  
P. Zimmer, Bremen  
Bulhauptstrasse.

## Rohtabakgeschäft Otto Brandes

BREMEN, Westerstrasse 96  
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

## Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10]  
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

Wichtig für Händler u. für Zugabe-Artikel.  
Tafeluhren von M. 1.80 bis 3, feinst. Wand-, Stand- und Weckeruhren, Taldienlampen, Feuerzeuge, Kaffeeapparate, Nidelservice, Spreimald. u. Schallplatten. Katalog nebst Engros-Preisliste vers. gratis und franco.  
H. Krell, Magdeburg 18  
Uhren en gros - Export.

## Carl Roland, Berlin SO.

Kottbusserstrasse 4. [5]  
Java-Deckblatt (Spada), blütenweißer Brand, Vollblatt, äußerst bedäufig, pro Pfund nur M 2.70.  
Domingo, alte, blättrige, trockene Ware, pro Pfund nur M 1.20.

## August Durladler

Mannheim 2, B. 7, 9  
Alle Sorten Tabake verzollt und versteuert inkl. Wertsteuer. Reelle Bedienung. Versand gegen Nachnahme. mit 3% Skonto. Abgabe jeden Quantums. Gr. Formenlager.

## Geldnot

ist das allgem. Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kleiderhaus M. Diamant München, Buttermeierstrasse 5 erhalten Sie von Millionären, Kavaliere, Doktoren nur wenig getrag. reinwollene massgearbeitete Herrenkleider. Verlangen Sie kostenlos meinen Katalog Nr. 38 und Sie werden daraus ersehen, welche grossen Vorteile ich jedermann biete.  
Kein Risiko! Da ich für nichtkonvenierende Waren anstandslos das Geld zurück-erstatte oder bereitwillig auf Wunsch umtausche.

## Achtung! Achtung!

**Sumatra-Deckblatt**  
erste Länge, hell u. gut brennend  
pro Pfund Mk. 4.50

## Hengfoss & Maak

Altona - Ottensen  
Filiale: Berlin N,  
Brunnenstraße 25.

## Weihnachtskisten

in jeder Größe vorrätig.  
E. Göhl & Co., Berlin N,  
24 Brunnenstraße 24.  
Ich verkaufe sofort mein seit 1897 betriebenes Zigarrengeschäft mit Hausgrundstück, günstige Lage, Hauptstrasse, unter sehr günstigen Bedingungen, beste Gelegenheit zur Selbstständigkeitsmachung eines Zigarrenarbeiters. Bedeutender Umsatz.  
Offerten unter Nr. 43 an die Expedition ds. Bl.  
Unsern Kollegen Heinrich Strauß nebst seiner Frau Wini Sandboß zu ihrem am 8. d. W. stattgefundenen Hochzeitstische die besten Glück- und Segenswünsche. Die Kollegen und Kolleginnen der Zählstelle Hameln.  
Briefkasten.  
Hameln 70 A